

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener General-Anzeiger

Wöchentliches Organ der Gemeinden Auringen, Bredenheim, Flörsheim, Frauenstein, Massenheim, Nedenbach, Nauod, Nordenstadt, Rambach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau.

Preis: Durch Kassen
und Verkäufe (ohne Post-
gebühren) 2.40
Durch die Post bezogen (ohne Post-
gebühren) 2.60
Für Wiesbadener Neueste Nachrichten erscheinen täglich mittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.



Anzeigenpreise: Die einseitige Stadtbl. Wiesbaden Deutschland Ausland
Zeile oder deren Raum 0.30 0.20 0.40
Im Restamt: Die Zeile 1.00 1.50 1.50
Bei Wiederholung nach Tarif. Bei geringerer Bezahlung der Anzeigengebühren durch Abgabe und bei Anzeigenverträgen wird der beizulegende Nachschlag hinzugefügt.

Verlag, Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Hofstraß 11. Fernspr.: Nr. 5915, 5916, 5917.

Stille 1 Mauritiusstr. 12, Fernspr. Nr. 2054; Stille 2 Bismarckring 29, Fernspr. Nr. 2055.

Der Abonnement der Wiesbadener Neuesten Nachrichten (Ausgabe A) ist mit 500 Mark gegen Tod und Unfall, jeder Abnehmer der Wiesbadener Neuesten Nachrichten, der auch die humoristische Wochen-
zeitschrift „Kochbrunnengelster“ (Ausgabe B) bezieht, insgesamt mit 1000 Mark auf den Todes- und Ganz-
taufschuß infolge Unfall bei der hiesigen Lebensversicherungsgesellschaft „Kochbrunnengelster“ versichert. Bei verheirateten
Abnehmern der „Kochbrunnengelster“ gilt dies unter den gleichen Bedingungen auch für die Ehefrau.

Wenn Mann und Frau versichert sind, kommen je 1000 Mark, insgesamt also 2000 Mark zur Auszahlung.
Jeder Unfall ist binnen einer Woche der hiesigen Lebensversicherungsgesellschaft anzuzeigen, der Ver-
sicherte hat sich innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall in ärztliche Behandlung zu begeben. Todes-
fälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Anmeldung gebracht
werden. Ueber die Voraussetzungen der Versicherung geben die Versicherungsbedingungen Aufschluß.

Nummer 264

Freitag, den 10. November 1916.

31. Jahrgang

Der Kaiser zur Wiedererrichtung Polens.

Norwegens Antwort entgegenkommend. — Rumänische Flüchtlingswellen bis Moskau. — Die unentschiedene Wahl.

Die Kanzlerrede im Hauptauschuß des Reichstages.

Der Hauptauschuß des Reichstages war gestern der Schluß eines bedeutenden Vorganges: Reichskanzler v. Hertling hat gestern, um die Rede zu halten, für das Plenum angekündigt, aber nach dem Gang der Verhandlungen nicht erschienen; worden ist. Es war die Rede mit dem Bismarck, und im Besonderen eine Antwort auf die letzten Ausführungen Lord Grey.

Nachdem der Kanzler nochmals die falsche Behauptung von Grey — die sich, wie bekannt, auf ein Versprechen des Reichskanzlers bei der Herausgabe des Extraktes am 30. Juli 1914 stützt — widerlegt, ging er in dem gehaltvollen Ausführungen näher ein auf die Vorwürfe der russischen Mobilisierung. Von außerordentlicher Wichtigkeit war dabei der Hinweis auf das Märchen von einem defensiven Charakter der Petersburger Mobilisierung; der Redner geriefte viele Mission, indem er an die schon 1912 erlassene Bestimmung des Reichs erinnernd, die besagt, daß die Verkleinerung der Mobilisierung zugleich die Verkleinerung des Krieges gegen Deutschland ist. Rußland ist also Hauptkandidat, und danach England, dessen Minister am 20. Juli 1914 schon war eine vertrauliche Meldung Lord Grey an den russischen Botschafter in London erfolgt, die besagte, England werde seinen deutschen Erwartungen nicht ruhig bleiben; die Beschlüsse hatte die Flotte vom Grey bereits in seinem Lager erhalten. Von Berlin aus wurde, wie v. Hertling betont, eine eindringliche Mitteilung an das Wiener Kabinett gerichtet, eine Verkleinerung, die Grey vorgeschlagen hatte, anzunehmen. Die Regierung erklärte sich denn auch bereit, diesem Vorschlag des englischen Ministers näherzutreten, vortrefflich, die russische Mobilisierung werde vorläufig in Einklang gebracht. Vor dieser Tatsache einer Nachlässigkeit in Wien stand Rußland in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli; die Zustimmung einer Waffenruhe durch das Wiener Kabinett hat aber in Petersburg den Ausschlag gegeben: „Rußland wählte die Mobilisierung und den Krieg“, erklärte Klipp und Klar der Kanzler. Die weiteren Ausführungen beschäftigten sich mit dem Vorschlag Lord Grey, einen internationalen Bund zur Verkleinerung des Friedens zu gründen. Der Kanzler beleuchtete auch die Absichten Englands bezüglich der Neugestaltung des Krieges; Kleinstaat solle unter den Entente-Mächten aufgeteilt, Rußland die Herrschaft über Konstantinopel zugesichert werden — wenn dieser Krieg, wie England meint, uns aufs Haupt geschlagen hat — und er erklärte, Deutschland sei jederzeit bereit, einem derartigen Vorschlag beizutreten. Vorbedingung bleibe natürlich, daß keine aggressive Koalition mehr bildet. Am Schluß konnte der Kanzler auf unsere zu immer größerer Entschlossenheit gestiegene Widerstandskraft hinweisen. Unser Siegerwille ist unbezwingbar und unverwundlich.

Pressestimmen.

Berlin, 10. Nov. (Eig. Tel., H.). Die „Kreuzzeitung“ führt aus, daß die Rede des Reichskanzlers das deutsche Gefühl von Lügen und Deutungen mit einem gründlichen Mißverständnis habe. In Wirklichkeit habe die Rede die Auswirkungen, die England auf Österreich-Ungarn ausübt, die Fortsetzung der russischen Mobilisierung hin- und herzuführen, und Englands Schuld an Rußland so handelte. Für die Kriegsbeteiligung ist nicht die Neutralitätsverletzung Belgiens der Grund gewesen. England und Frankreich haben bereits Rußland die territoriale Herrschaft über Konstantinopel und das Besitztum der Dardanellen

angeführt und Kleinstaat unter den Entente-Mächten aufgeteilt. Nachdem wir Belgien als englisch-französisches Aufmarschgebiet haben erkämpfen müssen, hätten wir auch das Recht, unsere Hand darauf zu legen.

Der „Lokal-Anzeiger“ sagt: Die berühmte Kanzlerrede hat gestern durch die Antwortrede des Reichskanzlers das erfahren, was man eine allseitige Abfuhr nennt. Eins haben wir Deutschen in den zwei Jahren des Krieges doch durchgemacht. Wir haben, indem wir immer wieder Grey als den Haupturheber des Weltbrandes an die Sonne riefen, der ganzen Welt diesen Namen in den Kopf gehämmert.

Die „Germania“ hervorhebt, hat es sich gezeigt, wie notwendig die Einrichtung werden kann, daß der Hauptauschuß des Reichstages ermächtigt ist, während der Verhandlung des Plenums Sitzungen abzuhalten, um Erklärungen der Regierung über die auswärtige Politik entgegenzunehmen. Der Reichskanzler habe gestern ein in jedem Zuge völlig klares Bild von den Ereignissen beim Kriegsausbruch gegeben, soweit Grey sie gegen uns anführen wollte. Man werde es auch nur zu berechnen finden müssen, wenn der Reichskanzler der Grey'schen Rede von dem durch einen Völkerbund garantierten Weltfrieden eher skeptisch gegenüberstehe. Eine solche Weltfriedensidee, sagte er, könne nicht die Grundlage zu einem wirklichen internationalen Friedensbund abgeben. Wer seit Jahren eine so aggressive Politik getrieben habe, wie insbesondere England, der wolle wohl zum Frieden, aber nicht zum Frieden im Reichshaus des Völkerfriedens.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Wichtiger, als die historischen Vorwürfe, die für die Schuldfrage entscheidend sind, sind uns für heute die Zukunftsideen, die der Reichskanzler gestern erörterte. Wer mit Herrn v. Hertling voll und ganz übereinstimmt, daß nach den entsetzlichen Verwüstungen dieses Krieges durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehe, werde sich nicht davon abbringen lassen, diesem gewaltigen Schrei die Erfüllung vorzubereiten. Die deutsche Regierung verschleife sich diesem Schrei nicht.

Zur norwegischen Antwortnote.

Kristiania, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Meldung des norwegischen Telegramm-Bureaus. Ueber den Inhalt der norwegischen Antwortnote an Deutschland ist noch nichts bekannt. Verdensgang schreibt, selbstredend habe das Verhältnis zwischen Deutschland und Norwegen im verflochtenen Zeitraum, während die Verhandlungen stattfanden, keine Veränderung erfahren. Erst mit der Uebersendung der norwegischen Antwort sei der Augenblick gekommen, der eine Veränderung in der einen oder der anderen Richtung bewirken könne. Das Blatt hofft, man werde die Entwicklung der Ereignisse in Ruhe abwarten.

Oslo, 10. Nov. (Eig. Tel., H.).

Die „Times“ erzählt aus Kopenhagen: Die Antwort der norwegischen Regierung auf die deutsche Note sei in durchaus verständlichen Worten abgefaßt. Man nimmt an, daß der norwegische Standpunkt in der Angelegenheit der Unterseeboote nicht geändert wird, aber das Land Engagementen beweisen will in der Botschaft in der Erwartung, daß England diesen norwegischen Konzessionen zustimmen werde.

Das französische Anleiheergebnis.

Genf, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Der französische Finanzminister Ribot hat in der Kammer mitgeteilt, daß die Anleihe 11800 Millionen Franks ergeben hat.

Bergarbeiterstreik in Australien.

London, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Die „Times“ meldet aus Sydney: Der Streik der Bergarbeiter droht einen ernstlichen Umfang anzunehmen. Das Blatt schreibt, die größten Fabriken müßten schließen. Tausende von Arbeitern würden arbeitslos, und weder Arbeitgeber noch Arbeiter zeigten Neigung zur Versöhnung. Die öffentliche Meinung verlange ein Eingreifen der Bundesregierung oder der Regierungen der Einzelstaaten.

Der Kaiser an den Erzbischof von Posen-Gnesen.

Berlin, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Der Erzbischof von Posen-Gnesen, Dr. Balbor, telegraphierte an den Kaiser:

Eure Kaiserliche und Königl. Majestät wollen geruhen, daß ich zugleich namens meiner in unverbrüchlicher Treue zu Ihrer Majestät verharrenden Diözesanen für die Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Königreiches meinen untertänigsten Dank ausspreche. Ich bete zu Gott, daß der hochherzige Entschluß Eurer Majestät zum Wohle Deutschlands und des neuen Staates gereiche, der, wie ich zuversichtlich hoffe, seine geschichtliche Mission erfüllen wird, ein Schutzwall der abendländischen Kultur und Träger des katholischen Gedankens im Osten zu sein.

Der Kaiser antwortete:

Eure Erzbischöfliche Gnaden haben zugleich im Namen Ihrer Diözesanen anlässlich der Verkündung der Errichtung des polnischen Staates in den bisherigen russisch-polnischen Gebieten mich erneut der unverbrüchlichen Treue der preussischen Polen zu ihrem Landesherren verpflichtet. Ich danke herzlich für diese Kundgebung. Sie soll mir in diesem historischen Augenblick eine Gewähr dafür sein, daß der gefasste Entschluß zum Segen des Deutschen Reiches und des neuen Staates, wie zur dauernden Sicherung der europäischen Kultur gereichen wird.

Folge der Kohlennot in Frankreich.

Bern, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Die amtliche Begründung, der 6 Uhr-Adressen in ganz Frankreich bezwecke eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Munitionsfabriken, ist nur ein Vorwand. Tatsächlich erfolgte die Maßnahme, wie „Liberté“ heute angibt, infolge Kohlenmangels, der sich nun neben der Transportkrise fühlbar mache. Kohlen seien selbst zu hohen Preisen nicht zu beschaffen. Daher komme die Notwendigkeit, den Lichtverbrauch einzuschränken. Die Fabriken im Sommergebiet hätten wegen Kohlenmangels schließen müssen. Die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit sei umso schmerzlicher, als im Sommer-Departement alles Brennmaterial fehle, so daß man sich fragen müsse, wie man die Eisen kochen solle.

Die Flucht aus Rumänien.

Stockholm, 10. Nov. (Eig. Tel. Sess. Bln.)

„Nyktoje Wedomosti“ meldet aus Athen: Der vorrausgehende rumänische Notabeln verlassen in großer Anzahl Rumänien und treffen in Odessa ein, darunter auch der englische und französische Konsul aus Sulina. Die russische Zensur verbietet nähere Mitteilungen über die in Odessa angelangten Gesandtschaften der Alliierten. Die rumänischen Flüchtlingswellen erreichen bereits Moskau.

Eine Frau im amerikanischen Kongress.

New-York, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Meldung des Reuterschen Bureaus: In Montana ist als erste Frau, die im Kongress sitzen wird, Mrs. Jeannette Rankin gewählt worden.

Schweres Schiffsunglück auf der Weichsel.

Posen, 10. Nov. (Wolff-Tel.)

Am 2. November nachmittags 5 Uhr wurden, wie „Dziennik Poseni“ meldet, wie gewöhnlich Einwohner der Stadt Kazimierz bei Dublin auf einer Fähre über die Weichsel gebracht, um gegen Abend in ihre Wohnungen zurückzukehren. Die Fähre war schon unweit des Ufers; der Führer wollte jedoch an Wirbeln vorbeifahren, um einen zu starken Anprall zu verhindern, und fuhr deshalb einige Meter zurück. Als die Fähre in der Mitte war, drang plötzlich Wasser in die beiden Boote. Die ganze Fähre ging unter, 20 Personen wurden gerettet, während über 120 den Tod in den Fluten fanden.

Amtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 9. Nov. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Angriffsbefehl der Engländer und Franzosen zwischen Lezars und Bouchavesnes sowie südlich der Somme bei Presloire existiert fast durchweg schon im Sperrfeuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Prinzen Leopold von Bayern. An der Front beiderseits der Bahn Buczow-Tarnopol lebte der Feuerkampf wesentlich auf.

Front des Generals d. R. Erzherzog Karl. Im nördlichen Giergogebirge wurden russische Angriffe abgelehnt. Bei Velsbor und im Zolnesgebirge waren frühere deutsche Angriffe die vorgegangenen Russen zurück.

Südöstlich des roten Turmpasses wurde in Fortsetzung unseres Angriffes der Dialektabschnitt überschritten und Sordolu mit den beiderseits anschließenden Höhenstellungen genommen; wir haben etwa 150 Gefangene gemacht und zwei Geschütze erbeutet. Rumänische Angriffe hatten hier ebensowenig Erfolg wie im Predcalabschnitt und im Vulkangebirge.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. In der nördlichen Dobrudscha wichen vorgeschobene Aufklärungsabteilungen befehlsgemäß dem Kampf mit feindlicher Infanterie aus.

Mazedonische Front. Kein Ereignis von besonderer Bedeutung.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Amtlicher österr.-ung. Tagesbericht.

Wien, 9. Nov. (Wolff-Tele.)

Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals d. R. Erzherzog Karl. Südlich und südöstlich des Sordolupasses blieben rumänische Angriffe abermals erfolglos. Bei Spini machten wir weitere Fortschritte; 150 Gefangene und zwei Geschütze wurden eingebracht. Westlich von Zlanes und bei Velsbor wurden die hier vorgegangenen Russen durch deutsche Truppen wieder geworfen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Außer lebhafter Feuerartigkeit an der Front beiderseits der Bahn Buczow-Tarnopol keine Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojnja stellenweise mäßiges Artilleriefeuer. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die Befestigung von La Omu.

Von unserem Kriegskorrespondenten.

Amdoberkommando v. Falkenhayn, 7. Nov.

Die vom Heeresberichte gemeldete Befestigung des La Omu, der als der höchste Gipfel des Dutschitschgebirges mit seiner Erhebung von 2006 Metern die gewaltigste Höhe in dem gesamten Hochgebirge im Raume des Predcalpasses überhaupt ist, bedeutet nicht nur einen großen militärischen Erfolg, sondern auch eine hervorragende touristische Leistung. Der Dutschitsch zieht als großartigster der Burgenländer Gebirge in breitem Bogen südöstlich von Törzburg längs der siebenbürgischen Grenze hin und erreicht seine gewaltigste Erhebung scharf westlich von Munga, etwa auf der Grenzlinie zwischen Ungarn und Rumänien. Auf diesem, La Omu genannten Gipfel stand früher eine vom rumänischen Touristenverein erbaute Schutzhütte, die jedoch abgebrannt ist.

Schon vor mehreren Tagen waren eine deutsche Kavalleriepatrouille und ungarische Gendarmen aufgezogen, um im Zusammenhange mit der Säuberung der westlich des Blabucetu Baitului gelegenen Höhen auch die an den Hochhängen des Dutschitsch eingekeilten rumänischen Truppen und Artilleriebesatzungen aufzuheben. Diese Patrouillen waren für ein längeres Verbleiben ausgerüstet. Die Erhebung des gewaltigen, in Schnee und Eis gebüllten Gebirgsmassivs, das selbst bei günstiger Jahreszeit nur von sehr geübten Hochtouristen in mehrwöchiger Arbeit bezwungen werden kann, stellte ganz außerordentliche Anforderungen an die Teilnehmer. Der für Pferde gangbare Aufstieg geht von Törzburg aus, wie sich der La Omu überhaupt als Bindeglied zwischen die Gebirgszüge im Gebiete des Törzbürger Pöfles und jene im Bereiche des Predcal stellt und seine Befestigung die lückenlose Verbindung der in den beiden Pöfles kämpfenden Truppenverbände über das Gebirge darstellt.

Die nunmehr genommene Höhe des La Omu wird uns im Weitergange der Kämpfe in der Richtung der Straße nach Sinata zweifellos von größtem Nutzen sein. (Rb.)

Karl Rosner, Kriegsberichterstatter.

Armeeoberkommando v. Falkenhayn, 7. Nov. (Rb.)

Aus den Aussagen der in den jüngsten Kämpfen am Baitulu und im Gebiet des La Omu gefangenen Rumänen geht deutlich hervor, daß die Kampflust in der Truppe unseres südöstlichen Gegners sich vermindert und daß seitens der rumänischen Heeresleitung vielfach recht gewaltige Mittel zur Aufrechterhaltung der Kriegsdisciplin ergriffen werden müssen. So geben mehrere Gefangene übereinstimmend an, daß hinter rumänischen Schützengräben Schützenkorps gezogen würden, aus denen jeder, der während des Gefechtes etwa Anhalt macht, den Graben nach rückwärts zu verlassen, nichtiglos niedergeschossen würde. Nicht weniger als 61 Mann sollen kürzlich auf diese Weise hingerichtet worden sein, als sie vor dem deutschen Feuerangriff aus den Stellungen wichen. Zugleich ist die Furcht vor der deutschen Gefangenschaft geringer geworden, je mehr durch geübte Reserveoffiziere, die jetzt schon vielfach auf den Plätzen der aktiven Offiziere der ersten Kriegsmomente stehen, Aufklärung über das Wesen der Deutschen und der Ungarn in die Mannschaften getragen und die alberne Legende von der Tötung oder Verstümmelung unserer Gefangenen beseitigt wurde. Eine gewisse Unlust, weiter zu kämpfen, kommt auch in dem Ueberhandnehmen der Fälle von Selbstverwundung zum Ausdruck, die in einzelnen Regimentern massenhaft geübt wurde. Es liegt die mehrfach bestätigte Aussage vor, daß am 20. Oktober 47 Rumänen des 21. Regiments hingerichtet wurden, da sie sich mehr durch Selbstmord selbst verurteilt hatten. Zur Vornahme der Exekution wurden, um ein abschreckendes Beispiel zu geben, von jedere Kom-

pagnie der fechtenden Nachbarrégimenter je zwei Mann befohlen, an die Front gesandter Ersch, der nie gebient hat und in seiner Weise ausgebildet ist. Das Wegwerfen von beschwerlichen Waffen und Ausrüstungsgegenständen, namentlich bei den schwierigen Hochgebirgsmärschen, ist sehr in Schwung gekommen; die Wege der Rumänen sind oft mit weggeworfener Infanteriemunition geradezu besät, und es ist sogar vorgekommen, daß rumänische Soldaten, die es satt hatten, ein Maschinengewehr von einem Berg auf den anderen zu schleppen, das Gewehr im steilen Gelände verloren. Karl Rosner, Kriegsberichterstatter.

Zur Wiedererrichtung Polens.

Die Vorverhandlungen.

Berlin, 9. Nov. (Wolff-Tele.)

Ein Berliner Blatt hat die Behauptung aufgestellt, das preussische Staatsministerium habe von dem polnischen Plane der Reichsleitung erst amtlich erfahren, als schon alles festgestanden habe. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ stellt demgegenüber folgendes fest: Das Staatsministerium ist selbstverständlich gebürtig worden und zwar in jedem Stadium der Verhandlungen und vor der Fassung der endgültigen Entschlüsse. Es hat das gesamte Für und Wider eingehend und zu wiederholten Malen durchgesprochen und sich auf den Boden der mit der kaiserlichen Rundgebung eingeleiteten Politik gestellt.

Russische Pressestimmen.

Petersburg, 8. Nov. (Wolff-Tele.)

Meldung der Petersburger Telegraphenagentur: Die gesamte russische Presse nimmt die Unabhängigkeits-Erklärung der besetzten Gebiete Russisch-Polens durch Österreich und Deutschland mit großer Ruhe auf. Nach der einstimmigen Meinung der Blätter hat diese Tat der Zentralmächte, die von neuem die Prinzipien des Völkerrechtes glücklich verleihe, unzweifelhaft seinen anderen Zweck, als ihre erschöpften Reserven aufzufüllen. Das polnische Volk wird niemals einer so selbstmörderischen Politik zustimmen, selbst wenn sie ihm in der Form der Unabhängigkeit ausgedrückt wird. Die verschiedensten politischen Richtungen sind eins, die Lage unter diesem Gesichtspunkt anzusehen.

„Nowoje Wremja“ bemerkt, daß die rumänischen Traditionen der polnischen Waffen sich an die Schlacht von Tannenberg knüpfen, wo polnische, litauische und kleinrussische Regimenter den deutschen Jähren Niederlagen beigebracht haben. Das vor fünf Jahrhunderten unternommene Werk soll gegenwärtig zu einem guten Ende geführt werden.

Die „Börzenzeitung“ sagt: Entgegen allen Grundätzen des Völkerrechtes haben Österreich und Deutsche beschlossen, Aushebungen vorzunehmen, und dies unter der Form eines Königreichs Polen mit sogenannter politischer Unabhängigkeit zu tun. Dieser Nummernschon wird niemanden täuschen; denn es handelt sich hier nicht um eine gelebte Politik, sondern um eine einfache internationale Räuberei.

„Riatsch“ stellt fest, daß der tatsächliche Zweck dieses hastigen deutsch-österreichischen Aktes in der Erklärung über die Rekrutierung enthalten sei. Die von den Österreichern und Deutschen proklamirte Rekrutierung stelle einen Akt der Vergewaltigung und die Erklärung der Unabhängigkeit Polens eine Heuchelei dar.

Im gleichen Sinne äußern sich andere Blätter, darunter das Organ der äußersten Linken, welches hervorhebt, daß die polnischen Volksmassen und die polnische Demokratie das, was geschehen sei, als ein neues nationales Unglück betrachten würden.

Die Zeitung „Nowosti Dnia“ zitiert die Worte einer der bekanntesten polnischen Persönlichkeiten, des Grafen Belopolski, der erklärte: Indem Sie, Kaiser Wilhelm und Franz Josef, russischen Provinzen Rechte einräumen, wollen Sie nur einige hunderttausend polnische Soldaten ausheben. Diese zutage liegende Absicht werde unzweifelhaft von den Polen verstanden werden, die sich nicht durch solche heuchlerische Geschenke täuschen lassen werden.

Der Krieg zur See.

Das Wrack von „U 20“.

Kopenhagen, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Die „Politiken“ meldet, sollen die dänischen Marinebehörden das Wrack des deutschen Unterseebootes, das bei Harboe gestrandet ist, näher untersuchen lassen. Eine Militärabteilung ist gestern in Harboe eingetroffen. Es soll untersucht werden, welche Schäden das Unterseeboot erlitten hat. Sobald sich der hohe Seegang gelegt hat, wird das Wrack in Besitz genommen. Zeigt es sich, daß es nicht entfernt werden kann, dann soll es zerlegt werden, worauf die einzelnen Teile allmählich verladen können.

Ein besonders wertvoller U-Boot-Erfolg im nördlichen Eismeer.

Die Meldung des im nördlichen Eismeer von einem unserer Unterseeboote vertriebenen rumänischen Dampfers „Bihirga“ von 3688 Bruttoregistertonnen war für das rumänische Heer bestimmt. Unter ihr befanden sich, wie aus der jetzt eingetroffenen Kabelnachricht hervorgeht, u. a. 125 000 75 Zentimeter-Granaten mit Zündern, 42 000 75 Zentimeter-Kartuschen, 14 000 100 Kartuschen für Mitrailseusen, 200 000 3,7 Zentimeter-Granaten, 300 Stahlbomben mit Zündern und Kabung, 3000 12 Zentimeter-Granaten und ebensowiele Kartuschen, 1578 000 Patronen für Maschinengewehre, 5000 Bändschuren, 60 000 Stahlhelme, 10 000 Gewehre, 100 Maschinengewehre (System Hotchkiss), 20 5,8 Zentimeter-Mörser, 360 Packfüße für Maschinengewehre und Munition, 28 Autos, 38 Tourenautos, 22 Lastautos, 5 Krankenautos, 7 Sanitätswagen mit vollständiger ärztlicher Ausrüstung, 2 Flugzeuggruppen, 5 Luftballons mit Zubehör, 888 Tonnen Stahl in Barren, 20 Tonnen Nickel, 20 Tonnen Schwefel, 85 Tonnen Blei, 60 Tonnen Maschinen und Dynamos.

Der Wert der Ladung wird auf 23 Millionen Mark und der Wert des neuen Schiffes auf etwa 2,5 Millionen Mark geschätzt, so daß unseren Feinden mit der Versenkung des Schiffes ein Geldschaden von mindestens 25 Millionen Mark entstanden ist. D. R.

Kristiania, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Nach einer Meldung an das Ministerium des Meeres wurde der Dampfer „Toulaug“ am 7. November von einem deutschen U-Boot vor Kap Le Havre versenkt. Ein Boot mit dem Kapitän und 3 Mann traf in Le Havre ein, das zweite Boot mit dem Steuermann, Maschinisten, Koch und zwei Helfern wird noch vermisst.

Amsterdam, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Reuter meldet: Der britische Dampfer „Suffolk“, 780 Tonnen) ist gesunken.

Ministerrat in Rom.

Bern, 9. Nov. (Wolff-Tele.)

Die Mailänder Blätter melden, fand gestern in der Consulta ein Ministerrat statt. Nach einer Verfügung über die Zeitungen von jetzt an über die Verhandlungen und Entschlüsse des Ministerrates nur noch die amtlichen Mitteilungen veröffentlichten.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Amsterdam, 9. Nov. (Privattele.)

Aus New-York wird über London gemeldet: Obwohl das Resultat der Präsidentenwahl in Amerika so gänzlich für Hughes ist, daß bereits jetzt gute Aufträge von amerikanischen Kommissionen abgegeschlossen wurden, wird seine Wahl heute bezweifelt, da Reuter seine Meinung allein auf das Wahlergebnis in New-York begründete, wo Hughes die meisten Stimmen erhielt, und diese Stadt, wie man meldet, den Ausschlag geben wird. Es hängt aber alles von den westlichen Staaten ab, wo Wilson viel mehr Stimmen erhalten hat, als man annahm. Im Falle des zweifelhaften Resultats wird das Weiße Haus in Washington sich naturgemäß zu Gunsten von Wilson entscheiden.

London, 9. Nov. (Wolff-Tele.)

Das Reutersche Bureau meldet nach New-Yorker Zeitungen, der Hauptvorsitzende (national chairman) der demokratischen Partei habe den demokratischen Parteivorsitzenden in allen Staaten und Kreisen gedroht:

Wilson wiedergewählt. Sie müssen sich verständlich darum kümmern, daß die Wahlurnen nicht wackeln werden, denn unsere Gegner rasen.

Das Ergebnis noch immer zweifelhaft.

New-York, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Meldung des Reuters-Bureaus. Um 4 Uhr früh, 21 Stunden, nachdem die amerikanischen Blätter aller Parteien die Wahl von Hughes für sicher gehalten haben, ist die Lage noch immer unentschieden. Auf beiden Seiten herrscht große Aufregung. Beide Parteien beanspruchen den Sieg. „Associated Press“ berechnet gestern die wahrscheinliche Stärke des Wahlkollegiums. Sie gibt Wilson 242 Stimmen, während 60 von 86 zweifelhaft seien.

242 für Hughes, 251 für Wilson.

London, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Die „Times“ meldet aus New-York: Soweit bekannt, können die folgenden Staaten bestimmt Hughes zugesprochen werden: Connecticut, Delaware, Illinois, Indiana, Iowa, Maine, Massachusetts, Michigan, New Hampshire, New Jersey, New York, Pennsylvania, Rhode Island, South Dakota, Vermont, West-Virginia und Wisconsin. Das Hughes im Wahlkollegium insgesamt 242 Stimmen haben wird.

Für Wilson stimmen: Alabama, Arizona, Arkansas, Colorado, Florida, Georgia, Idaho, Kansas, Kentucky, Louisiana, Maryland, Mississippi, Missouri, Montana, Nebraska, Nevada, North Carolina, Ohio, Oklahoma, South Carolina, Tennessee, Texas, Utah, Virginia, Washington und Wyoming, was eine Gesamtzahl von 251 Stimmen im Wahlkollegium bedeutet.

Unbekannt sind die Ergebnisse in California, Minnesota, New Mexico, North Dakota und Oregon, die zusammen 38 Stimmen verfügen.

Neuerliche Stimmengählung gefordert.

Amsterdam, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Nach einer Depesche des Reuterschen Bureaus aus New-York vom Mittwoch entstand infolge der verspäteten Ankunft der Abstimmungszahlen aus dem fernen Westen und des dadurch verursachten fortwährenden Schwankens der Lage, die heillos dasteht. Die Mehrheit, die Hughes in den östlichen Staaten erhielt, scheint durch die gerade Stimmengählung für Wilson in den Weststaaten auszuweichen zu werden. Das Ergebnis der Wahl ist noch unklar. Die Führer der nationalen Komitees beider Parteien nehmen den Sieg für ihre Kandidaten in Anspruch. Die Parteiblätter verkündeten alle, daß Hughes gesiegt habe; auch die Blätter der Gegenpartei. Aber schon später änderte sich Extramorgenausgaben ließen es als möglich erscheinen, daß Wilson gewählt sei. Die Stimmengählungen weisen so geringe Unterschiede auf, daß in den Weststaaten wahrscheinlich ein erbitterter Streit über die Gültigkeit der Zählungen entstehen dürfte. Einige Zählungen werden vielleicht wiederholt werden müssen, wodurch der Ausgang der Wahl verzögert würde.

Eine spätere Neutermeldung aus New-York besagt: In dem Maße, wie die Wahlergebnisse einlaufen, schließen die Anhänger Wilsons mehr Mut, da Wilson wahrscheinlich in den Staaten Kansas, Idaho, Washington, Wyoming und Neu-Mexiko gesiegt hat. Die Republikaner behaupten, in allen übrigen Staaten, wo die Wahlergebnisse noch zweifelhaft sind, gewonnen zu haben. Wenn das richtig ist, würde Hughes mit einer kleinen Mehrheit gewählt werden. Wilson ist aber in Minnesota noch immer mit einer kleinen Mehrheit voraus und ohne Minnesota sind die Aussichten für Hughes unfürher.

Die Demokraten in New Hampshire wollen eine neuerliche Stimmengählung vornehmen; dieselbe wird vermutlich noch in vielen anderen Staaten notwendig sein.

Sammlung der Zensurvorschriften.

Wie wir erfahren, wird eine Sammlung der Zensurvorschriften in lexikalischer Anordnung neu aufgestellt. Der in die bereits seit längerer Zeit erfolgte Zusammenstellung der Presse, die doch die Zensur am allermeisten angeht, bisher nicht zugänglich gewesen, trotz wiederholten von dem Verein Deutscher Zeitungs-Verleger ausgingen Anregungen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Behörde von ihrem bisherigen Standpunkte abstehe und die bisher nur für den inneren Gebrauch der amtlichen Stellen bestimmte Sammlung den Zeitungen allgemein zugänglich mache. Eine Unmenge von Zweifeln, die durch die Zensur und Uebertretungen wurden dadurch vermehrt, können durch Nachfragen, Anfragen und Umfragen beseitigt werden. Die Zeitungsredaktionen in der Provinz wären auch die Zeitungsredaktionen in der Provinz, die Inserenten bei Aufgabe von Anzeigen schneller und sicherer zu beraten, als es jetzt der Fall ist.

Aus der Stadt.

Lagerberichte über die Kriegsfürsorge des Roten Kreuzes.

Auskunft über Verwundete und Vermisste, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche.

1. Auskunft über Verwundete und Vermisste.

301 mündliche und telefonische Anfragen konnten gestern erledigt werden. 28 Lazarette wurden besucht und auf Zu- und Abgang von Verwundeten kontrolliert. Ein Bericht traf nicht ein.

2. Auskunft über Verwundete und Vermisste

85 mündliche und telefonische Anfragen gelangten gestern zur Erledigung. 28 Vermisste wurden neu angeordnet und Nachforschungen nach diesen sofort eingeleitet. Über das Schicksal von 8 Vermissten konnte den Angehörigen Auskunft gegeben werden. Es gingen 74 Briefe ein und 91 wurden abgeschickt.

3. Hilfe für kriegsgefangene Deutsche.

Es trafen 12 Briefe von Gefangenen aus Sibirien ein, die an die Angehörigen weitergeleitet wurden. Von 1 Vermissten konnte der Nachweis erbracht werden, daß sie sich in Gefangenschaft befinden. 42 Gefangene in Frankreich wurden mit Geldsendungen im Gesamtbetrag von 420 M. und 35 Gefangene in Rußland mit Geldsendungen im Gesamtbetrag von 700 M. unterstützt. Für 9 Gefangene in Frankreich wurden Wiesbadener-Pakete im Werte von 680 M. beantragt. Von Gefangenen trafen 22 Empfangsbefragungen aus Rußland und 36 aus Frankreich für frühere Geld- und Paketsendungen ein. 14 Angehörige von Gefangenen in Rußland wurden befragt und Paketaufgaben in russischer Sprache geschrieben.

Abteilung VII des Kreiskomitees vom Roten Kreuz.

Was sehen wir dem schädlichen Pessimismus entgegen? Das schmerzhaft Gegenteile, einen nicht zu erschütternden Optimismus! Haben wir nicht Grund dazu bei unsern beispiellosen Erfolgen in Ost und West, bei der nicht zu belegenden Tapferkeit unseres Volkes hinter der Front? Unser Optimismus schwelt nicht über den Dingen, er ruht auf fester Erde. Es ist der Hindenburg, der kürzlich gesagt hat: „Unsere Sache steht so günstig, wie nur möglich, und alles wird weiter gut gehen.“ Und in derselben Stunde gab Hindenburg den Grund dieses Vertrauens an: „Übermacht und Gefahr existieren nur für den Schwachen. Ein fester Wille schafft sich kein Schicksal selber.“ Daran wollen wir uns halten.

Eisenbahndirektionspräsident Saury †. In der Nacht am Donnerstag ist der Mainzer Eisenbahndirektionspräsident Saury im Alter von 60 Jahren an den Folgen einer schweren Lungenentzündung gestorben. Saury war am 1. Juli 1912 an die Stelle des verstorbenen Präsidenten Michaelis nach Mainz berufen worden, nachdem vorher im Eisenbahnministerium eine Stellung als vortragender Rat bekleidet hatte.

Verständliches Dem Steuersekretär Hermann Erbach in Wiesbaden ist der Charakter als Rechnungsrat verliehen worden.

Ausstellung der Handelskammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Handelskammer, Kommerzienrat Dr. Schick, fand am Mittwoch Nachmittag im Handelskammergebäude eine Sitzung des vereinigten Ausschusses der Handelskammer statt. Der Ausschuss trat zu einer Beratung der einzelnen Punkte der Tagesordnung der nächsten Vollversammlung ein. Sodann beschäftigte er sich auf Ansuchen des Magistrats Wiesbaden noch mit der Frage der Anstellung und Vereidigung eines Entladens. Nach eingehender Erörterung der Sach-

lage kam der Ausschuss auf Grund der neuerlichen Darlegungen des Magistrats nunmehr zur Beratung der Bedürfnisfrage wenigstens für die Dauer des Krieges, beschloß jedoch, dem Magistrat zu bitten, noch weitere Bewerber, unter denen sich tüchtige Kriegsinvaliden befinden sollen, zu benennen, um bei der Anstellung und Vereidigung des in Frage stehenden Sachverständigen eine entsprechende Auswahl zu haben. Des weiteren beschloß der Ausschuss, den schon einmal durch Ausschussbeschluss festgelegten Standpunkt, von der Anstellung und Vereidigung von Sachverständigen während des Krieges abzuweichen, auch fernerhin beizubehalten. Als neues Mitglied der Darlehenkommission wählte der Ausschuss das Kammermitglied Weinbänder Hugo Wagemann. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde hierauf die Sitzung gegen 6 Uhr geschlossen.

Die Jubiläums-Sammlungen für das Rote Kreuz waren der Gegenstand einer Besprechung, welche auf Veranlassung der Abteilung 3 des Roten Kreuzes am Mittwochabend unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Springorum stattfand. Es hatten sich zu dieser Besprechung die Bezirksdamen, die Direktoren und Leiter der städtischen Volks- und Mittelschulen ziemlich vollständig sowie einige der Direktoren unserer höheren Schulen eingefunden. Der Leiter der Veranstaltung gab in seiner Eröffnungsansprache die nötigen Erläuterungen über den Zweck derselben und über die Notwendigkeit, dem Roten Kreuz reichere Mittel zuzuführen. Referendar Dahm berichtete über die Technik der in Aussicht genommenen Sammlungen. Direktor Maurer redete den Sammlungen warm das Wort und als letzter Redner trat Stadtschulrat Dr. Müller auf, welcher sich in klassischer Sprache eine Rede zunahm über die Leistungen der seiner Leitung unterstellten Schulen während dieser Kriegszeit im allgemeinen, über die Erfordernisse des guten Lebens und dann wie folgt schloß: Die Kriegsfürsorge sei für Schule und Schulleiter die Erfüllung einer sozialen Pflicht. Darüber nähere Ausführungen zu machen, erübrigt sich hier wohl. Aus den Gräbern der Gefallenen rufe es uns laut zu: Das tat ich für Dich. Was tust Du für mich? Ja, damit wir leben können, sind sie gestorben. Gibt es aber einen höheren Einsatz für die Ehre der Nation als das Leben! Unsere Soldaten an der Front treten mit ihrem ganzen Dasein ein für die Größe des Vaterlandes und für die im Lande Zurückgebliebenen. Was bedeuten daneben die Opfer an Zeit und Arbeit, die von uns gefordert werden. Dieser Tatsache sind sich auch die Schulleiter wohl bewußt, und dieses Bewußtsein macht, daß uns keine Mühe zu groß, keine Arbeit zu gering ist, wenn es das öffentliche Interesse, wenn es unser Volk und Vaterland gilt. Im Sonnenlicht der Güte erkennt der Deutsche seine bessere Natur. Im Sonnenlicht der Güte auch entbindet sich des Lehrers Zauberkraft als Erzieher. Im Sonnenlicht der Güte wird die neue Arbeit ihre Früchte bringen, zu der wir Sie heute aufrufen haben. Möge sie reiche Früchte bringen. Bezüglich der Sammlungen ist die Stadt in Bezirke eingeteilt. Jedem Bezirk steht eine der Damen des Roten Kreuzes vor. Die Schule wird sich in der Art an der Sammelarbeit beteiligen, daß den einzelnen Schülern Blöcke zum Aufzeichnen von Spenden ausgeteilt werden, welche sie in ihnen näher stehenden Familien vorzulegen haben. Direkt Geldbeiträge sollen sie nicht sammeln. Derartige Blöcke sollen von den Bezirksdamen auch an einzelne vertrauenswürdige Persönlichkeiten abgegeben werden. — Auch einen Postkartentag wird es zu Gunsten der Sammlungen geben. Ueber die Einzelheiten berichtet Beigeordneter Dr. v. Mann. Erwähnt mag zum Schluß noch sein, daß unter den anwesenden Bezirksdamen sich Frau Regierungsrätin v. Meißner, Frau Konsistorialpräsidentin Ernst und Frau General v. Köder befanden.

Fortfall der Abzeichen an den Helmen usw. Uebertragen. Der Kaiser hat befohlen, daß an den Helmen usw. Uebertragen fortan keine Abzeichen (Nummern und Buchstaben) zu führen sind. Die vorhandenen Abzeichen sind alsbald zu entfernen.

Die weißen Handschuhe für Unteroffiziere. Der Kaiser hat in Veränderung des Erlasses vom 6. Juli 1914 bestimmt, daß die Unteroffiziere während des Krieges weiße Handschuhe im Dienste nicht tragen dürfen. Diese Be-

stimmung gilt für alle Unteroffiziersklassen, also auch für Offiziersstellvertreter, Unterärzte, Unterveterinäre, Beamtenstellvertreter und die sonstigen Unteroffiziere als Gehilfen (ausgenommen Musikmeister). Außer Dienst beim Verlassen der Kaserne oder des Quartiers im Standort ist das Tragen von weißen Handschuhen Unteroffizieren und Mannschaften erlaubt.

Schwere Brandwunden zog sich am Donnerstag Mittag ein Dienstmädchen in dem Hause Sonnenberger Straße 40 zu. Das Mädchen hatte mit einem Licht hantiert, kam damit seinen eigenen Kleidern zu nahe und fand im Nu in Flammen. Die Verletzungen an den Beinen und am Rücken sind derart, daß die Verunglückte durch die Sanitätswache in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die deutschen Verlustlisten, Ausgabe 1250 und 1251, enthalten die preussische Verlustliste Nr. 680, die sächsische Verlustliste Nr. 352 und die württembergische Verlustliste Nr. 480. Die preussische Verlustliste enthält u. a. die Infanterie-Regimenter Nr. 81, 87, 88, 333, die Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 87, 88, das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 87, die Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des 18. Armeekorps, das Feldartillerie-Regiment Nr. 68, das Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 25, das Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 3 und das 2. Bataillon des Pionier-Regiments Nr. 21.

Abgabe der Fettkarten bei den Milchvorzugsberechtigten.

Von verschiedenen Seiten wird die Forderung der Stadt, daß die Milchvorzugsberechtigten, das sind die Kinder vom 7. bis 14. Lebensjahre, die Fettkarte abgeben müssen, wenn sie von ihrem Vorrecht auf Milchbezug Gebrauch machen wollen, als ungerecht empfunden, jedoch nachstehende Ausführungen als angezeigt erscheinen.

Vom Kriegsernährungsamt ist für das ganze Deutsche Reich einheitlich festgelegt worden, wer Milchvorzugsberechtigter und wer Milchvorzugsberechtigter ist. Ferner sind auf Grund der Bestimmungen der Reichsstelle für Speisefette die Milchmengen, welche den Milchvorzugsberechtigten zugeführt werden, für jede Stadt im Deutschen Reich genau zu berechnen. Erhält eine Stadt über die rechnungsmäßige Menge hinaus Milch, dann soll dieser Ueberschuß in erster Linie den Vorzugsberechtigten zugeführt werden. Dieser Ueberschuß wird hierbei aber der Stadt als Fettkartierung angerechnet, und zwar mit 28 Gramm Fett für einen Liter Vollmilch. An diesen Bestimmungen kann Wiesbaden nichts ändern; die Bestimmungen sind aber auch durchaus richtig. Milch und Fett sind beide gleich knapp in Deutschland, weil beide zurzeit im wesentlichen nur eine einzige Quelle, und zwar eben die im Inland erzeugte Vollmilch, haben, da aus dem Ausland kaum noch Milch herkommt. Die vorhandene Milchmenge reicht nun, wenn sie gleichmäßig über das Reich verteilt wird, eben aus, den Vorzugsberechtigten Vollmilch zu gewähren und darüber hinaus noch der Bevölkerung kleinere Mengen Fett und außerdem die bei der Butterherstellung gewonnene Magermilch zur Verfügung zu stellen. Sie reicht aber nicht aus, den Vorzugsberechtigten außer Vollmilch auch noch Butter zu geben.

Der einzelne Haushalt glaubt von seinem Standpunkte aus leicht, daß man seinem vorzugsberechtigten Kinde doch das Fett lassen könnte, da dieses Entgegenkommen für die Allgemeinheit ohne Bedeutung sei. Nun sind hier in Wiesbaden 14000 vorzugsberechtigten Kinder und ferner 9000 ältere Personen über 60 Jahre, denen ein großes Bedürfnis nach Milch auch nicht abgesprochen werden kann. Seit der Einrichtung eines besonderen Verteilungsamtes für Kranke, das Lebensmittel und insbesondere in der letzten Zeit Milch nur auf Grund besonderer ärztlichen, in seinen Einzelheiten vorgeschriebenen Atteste bewilligt, sind bereits 10000 Anträge auf Sonderbewilligung von Lebensmitteln gestellt worden. In den letzten Tagen hat sich infolge der Neuordnung der Milchverteilung die Anzahl der Anträge auf 300 täglich, von denen der größte Teil ausschließlich oder teilweise Milch betrifft, erhöht. Wenn diese Zahlen auch nicht zur Gewinnung eines richtigen Bildes zusammengezählt werden dürfen, so zeigen sie doch mit zwingender Notwendigkeit, daß ein Verzicht auf die

Jade bedeckte den Oberkörper. Der Unterkörper steckte in einer Art Rockhose, deren Hosende an den Knien in festen Lederbändern zusammengefaßt waren. Diese Lederbänder endeten in festen Stiefeln.

Auf dem Kopfe war das spärliche graue Haar zu einem festen Knoten zusammengedrückt, darauf sah ein von Wind und Wetter arg mitgenommener Hut, der mit einem Band unter dem Kinn festgehalten wurde. Unter diesem Hut sah das runde volle Gesicht sehr energisch und wenig freundlich hervor.

Die Herrin von Hohenegg sah in diesem grotesken Anzug weder nett noch damenhaft aus. Aber originell wirkte sie darin. Jedenfalls war der Anzug sehr praktisch und zweckmäßig für einen Mann über die Fieber bei Wind und Wetter, zumal Frau von Hohenegg nur im Herrenkleid ritt und sich nur so auf ihrem behäbigen Gaul sicher fühlte.

Sie betrat jetzt die große Halle im Mittelbau. Diese war mit Steinfliesen ausgelegt, über welchen breite Teppichläufer lagen. Die Wände in dieser Halle waren mit hohen dunkelgrünen Eichenbänken gekleidet. Außer einer Gruppe hoher Lederfelle, die um den Kamin standen, befanden sich keine Möbel in diesem Raum. Aber die breite Eichenbank im Hintergrund mit dem schweren geschnittenen Geländer wirkte in ihrer architektonischen Schönheit sehr dekorativ.

Von dieser Treppe her kam ein alter, weißhaariger Diener in schlichter, dunkler Livree auf die Herrin zu. Sein Gesicht war sehr fahlg und glatt rasiert. Johann war seit nahezu fünfzig Jahren in Hohenegg. Er war der Kammerdiener der beiden zuletzt verstorbenen Freiherren von Hohenegg gewesen. Vom Vater war er auf den Sohn übergegangen, und nach dem Tode des Sohnes hatte ihn die Gattin desselben, die jetzige Herrin von Hohenegg, zu einer Art Haushofmeister anancieren lassen.

Frau Lauras Gatte hatte noch auf dem Sterbebette darum gebeten, daß Johann bis an sein Lebensende eine Freistadt in Hohenegg erhalten solle, und Frau Laura schäme den zuverlässigen treuen Diener, dem sie in jeder Beziehung volles Vertrauen schenkte. Johann war bereits sechzig Jahre alt, verheiratet aber sein Amt in voller körperlicher und geistiger Frische. Sein Hauptamt bestand darin, den Silberhahn der Hoheneggs zu hüten und zu pflegen. Dieser Silberhahn war berühmt. Einmal war er in der Zeit höchster Not an den Maschinenfabrikanten Brinkmeyer, Frau Lauras ersten Gatten, verkauft gewesen. Man sagte in der Nachbarschaft, der verlorene Freiherr von Hohenegg habe die Witwe Brinkmeyers nur abgetrotet, damit der Silberhahn wieder nach Hohenegg käme. Aber das war nur Scherz, man wußte genau, daß Frau Laura dem Freiherrn nicht nur den Silberhahn, sondern ganz Hohenegg als Heiratsgut mitgebracht hatte. (Fortf. 1.)

Im Buchengrund.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Jutta kam in seltsam erregter Stimmung nach Hause. So, wie Hünther Hohenegg sie heute angesehen, so hatte noch kein Mann sie angesehen. Eine schmerzliche süße Unruhe hatte dieser Blick in ihr geweckt. Zugleich hätte sie weinen wollen — warum? Weil er ihr gesagt hatte, daß sie sich nicht wiedersehen würden? Tat ihr das so weh?

„Was Glück mit Ihnen, Jutta Hünther!“

„Sie selbst, er hat gesagt — was ein Ausdruck in diesen Worten gelegen hatte!“

„Was Glück der Welt!“

„Ach, es wollte Jutta scheinen, als sei mit ihm der letzte Schimmer von Glück aus ihrem Leben geschwunden.“

„Die weh ihr das Herz tat!“

„Sie wehrte sich gegen diesen Schmerz.“

„Was soll das? Was hast du vom Schicksal erwartet? Deine Wege führen weit ab von den seinen. Das war ein schmerzliches Begegnen mit einem Menschen, der dir hätte werden können. Du mußt ihn vergessen. All deine Tränen sind jetzt einem Ziel geweiht: Vena und das Kind glücklich durch schwere Zeit zu bringen. An dich darfst du nicht denken, darfst dich nicht niederdrücken lassen durch einen hoffnungslosen Schmerz um diesen fremden Mann, der dir nichts ist und nicht sein darf. Kopf hoch — und Ruhe im Herzen — du mußt ihn vergessen.“

„Aber das Herz ist eigenwillig und läßt sich nicht abtöten.“

Ende Februar kam Vena aus dem Sanatorium heim. Die Rekonvaleszentin drehte sich nun der ganze Haus. Sie mußte noch viel ruhen, durfte nur jeden Tag einige Stunden aufstehen.

Jutta arbeitete heimlich bis tief in die Nacht hinein, um für Vena alle die nötigen Kräftigungsmittel schaffen zu können. Sie war froh, daß sie noch immer genügend Kräfte erhielt.

Aber als die Abende kürzer wurden, als das Dürstert der ihr stand, da merkte Jutta mit Schrecken, daß sie immer weniger Kräfte bekam.

Die langen Winterabende, an denen die Damen sich mit Handarbeit verkräfteten, waren vorüber, und die Gattin, für welches Jutta arbeitete, begann die Zeit.

Da schmolz Juttas kleiner Geldvorrat bedenklich zusammen.

„Was merkte nichts davon. Jutta verstand es meisterhaft, die Sorgen von ihr fern zu halten.“

„Aber in alle Sorgen und Nöte waren Onkel Doktor

und Tante Maria eingeweiht. Und Doktor Görgen hielt es nun an der Zeit, das letzte Mittel zu versuchen. Juttas Last zu erleichtern. Er wollte an Tante Laura schreiben. Bisher hatte er es noch immer hinausgeschoben, nun wollte er es tun.

Jutta sagte er kein Wort von seinem Vorhaben. Erstens wollte er keine Hoffnungen in ihr wecken, die sich vielleicht nicht erfüllen; zweitens wußte er, daß es ihr furchtbar peinlich sein würde, wenn man Tante Laura schon wieder mit einer Bitte lästige fiel.

So handelte er nach eigenem Ermessen, ohne den Schweltern etwas zu sagen.

Laura von Hohenegg ritt forsch in den großen, peinsich sauer gehaltenen Gutshof ein, der rings von Wirtschaftsgebäuden und Ställen umgeben war. Die sauberen, nüchternen Gebäude kontrastierten seltsam mit der fast koketten Pracht des daneben liegenden Herrenhauses, das seine schlanken Türme in die Luft streckte.

Frau Laura rief mit lautem Pfiff ihren Reitknecht herbei. Der half ihr aus dem Sattel des kräftigen Reitpferdes. Nun stand sie neben dem Gaul und gab ihm ein Stills Juder.

„Gut mit warmen Decken abreiben“, gebot sie dem Reitknecht, „und eine Viertelstunde bewegen. Daß mir nicht wieder so eine Schlamperlei vorkommt, wie gestern, sonst kriegst du Hals über Kopf aus Hohenegg hinaus, Christian.“

Das klang sehr energisch.

Christian schloß leimwärts nach seiner Herrin hinüber. Es fiel ihm aber nicht ein, über ihren komischen Anblick zu lachen. Erstens war er diesen Anblick gewöhnt und zweitens hätte dazu mehr Mut gehört, als er aufstreiben konnte.

Nach führte er das Pferd davon und suchte mit verdoppeltem Eifer das Verhängnis vom vorigen Tage abzuwenden. Denn die „Alte“ hatte verdammt scharfe Augen und fackelte nicht lange, wenn jemand seine Pflicht nicht erfüllte. Und man war in Hohenegg recht gut aufgeschoben. Tat man seine Pflicht, dann wurde einem auch sein Recht im vollen Maße.

Frau von Hohenegg sah dem Reitknecht nach, bis er im Stall verschwunden war. Dann warf sie einen scharf prüfenden Blick ringsum. Da sie alles in Ordnung fand, ging sie langsam, fest von dem langen Ritt über die Felder, aus dem Hof hinaus und hinüber nach dem „Schloß“, wie das Herrenhaus in der ganzen Umgegend hieß.

Eine breite Freitreppe führte zum Portal hinauf. Sie kramte langsam, Stufe um Stufe hinauf.

Ihre mittelgroße, unterseits gefaltete Hand in einem Reitkleid von großer Unterhaltlichkeit. Eine leonardische



Ehren-Tafel

Dem Regierungslandmesser Adolf Mankel, Sohn des Lehrers Mankel in Weilburg, Leutnant d. R. in der 89. Inf.-Pionier-Komp., wurde das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen.

Der Fortschritts-Unteroffizier August Petri, Sohn des Gastwirts A. B. Petri in Breithardt, hat bei den Kämpfen im Osten, der Unteroffizier Aug. Oblemacher, der Breithardter Lagerhalter des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgebung, in den Kämpfen im Westen das Eisene Kreuz erhalten.

Dem Füsiliere Otto Heumann aus Waldhausen bei Weilburg, beim Füsiliere-Regt. Nr. 80, wurde das Eisene Kreuz verliehen.

Das Eisene Kreuz erhielten aus Bad Ems der Bizefeldwebel und Offiziersaspirant Chr. Fachinger zurzeit im Osten, der Kriegsfreiwillige Gefreiter Ernst Sadoun, der vorher schon mit der Priesterwaldbenediktion ausgezeichnet worden ist, und der Kaufmann Wilhelm Linkenbach, der bis zu seiner letzten Beurteilung als Feldwebel-Leutnant im Westen stand.

Den silbernen Ehrenbecher „Für den Sieger im Luftkampf“ erhielt der Bizefeldwebel Wilhelm Eppelmann aus Mainz, z. St. bei einer Feldfliegerabteilung.

Bürgermeister Scheidt von Huppert, der sich seit Februar 1915 im Felde befindet, wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

Bestandrechnung bei den vorzugsberechtigten und bei anderen, Milch bedürftigen Personen die Fettmenge für die übrige Bevölkerung ganz wesentlich herabdrücken würde. Jede Familie muß es sich also überlegen, ob sie für ein vorzugsberechtigtes Kind lieber die Milch oder das Fett haben will, da ihr beides für das Kind nicht zugekauft werden kann. Familien, die mehrere Kinder haben und deshalb verhältnismäßig größere Mengen Milch bekommen, können natürlich für eines ihrer Kinder auf Milch verzichten und lieber die Fettkarte beibehalten. Sie können auf diese Weise den Ausgleich innerhalb der Familie selbst vornehmen, den die Allgemeinheit aber nicht zugunsten derer tragen kann, die nur Sonderzuweisungen zu Lasten der Allgemeinheit annehmen, aber keine Verzichtleistungen derselben leisten wollen. Weil voraussichtlich für eine größere Anzahl von Vorzugsberechtigten Milch nicht beantragt werden wird, kann für die älteren Leute wahrscheinlich noch Milch zugewiesen werden. Auf jeden Fall kann den Vorzugsberechtigten nur geraten werden, von dem Vorrecht auf Vollmilch, die sich dem Nährwert nach aus Magermilch und Butter zusammensetzt, unverzüglich Gebrauch zu machen, bevor sie, um nur die Butter zu erhalten, auf die in der Vollmilch enthaltene Magermilch verzichten. Eine Magermilchversorgung Wiesbadens durchzuführen ist bei den eigenartig gelagerten Verhältnissen der Milchversorgung nicht möglich. Zurzeit beträgt die tägliche Menge Magermilch nur 60 Liter, und bevor die Stadt die hereinkommende Vollmilch in Magermilch und Butter zerlegt, wird sie die Vollmilch zunächst dem Teil der Bürgererschaft zuwenden lassen, der zu seiner Ernährung der Milch am meisten bedarf und um die Milch zu erhalten, auf die Fettkarte verzichtet. Im übrigen sollte dieser Verzicht jedem um so leichter fallen, als für die nächste Zeit mit einer Herabsetzung der Fettmenge gerechnet werden muß. Nach Mitteilung von zuständigen Stellen kann Wiesbaden die 90 Gramm Fett für die Person und Woche, die es bisher noch verteilen konnte, zukünftig nicht mehr verteilen.

Neue Feuerungszulagen für die Eisenbahnarbeiter.

Der größte Arbeitgeber der Welt, die preussische Eisenbahnverwaltung, hat in richtiger Beurteilung der Feuerungsverhältnisse im Kriege von Anfang an die wirtschaftliche Lage ihrer vielen tausend Arbeiter aufzubessern versucht durch Gewährung von Zulagen zu den festen Löhnen und Akkordlöhnen. Daß diese Zulagen die Feuerung nicht ganz weit zu machen imstande waren, ist beargwünzlich. Kein Stand und Beruf steht sich ja in der Lage, die wachsenden Mehrkosten der Lebenshaltung im Kriege durch Mehrverdienst reiblos auszugleichen, jeder muß Opfer bringen. Aber das Bemühen des preussischen Eisenbahnministers bleibt trotzdem anerkanntswürdig und vorbildlich für zahlreiche private Arbeitgeber. Das muß um so mehr betont werden, als die Feuerungszulagen für Eisenbahner im Verlauf des Krieges wiederholt schon gesteigert worden sind. Das soll, wie wir hören, auch jetzt wieder in erheblichem Umfang geschehen. Die Verhältnisse haben es nötig gemacht, daß eine neue, allgemeine Erhöhung der Feuerungs- und Kinderzulagen angeordnet wird. Die Erhöhung soll schon für den laufenden Monat Geltung haben und für die weitere Kriegsdauer monatlich zur Auszahlung kommen. Damit wird den Eisenbahnern von ihrer Behörde nicht nur eine fühlbare Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage, sondern auch eine Anerkennung ihrer großen Verdienste um unsere erfolgreiche Kriegsführung zuteil, der sich das ganze deutsche Volk gern anschließen wird.

Auchhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.

Residenztheater. Am Samstag und am Sonntag Abend kommt Johannes Wiegand mit seinem neuesten Werk „Gajus der Reifhuhn“ wieder zu Wort. Wiegand hat

mit diesem dichterischen Lustspiel am Hoftheater in Hannover einen großen Erfolg gehabt, der bei der gesamten Presse des echt deutschen Gemüts wegen einen starken Wiederhall fand. Die Hauptrollen des Stückes, das Dr. Rauch in Szene setzt, sind besetzt mit den Damen Hammer, Gold, Andre-Huvar und Hoffmann sowie mit den Herren Chaudon, Schend, Kleiser und Budde. — Am Sonntag Nachmittag wird der Schwank „Logierbesuch“ zu halben Preisen gegeben.

Zu dem Wohltätigkeitskonzert am Samstag, den 11. Nov., hat der Kartenverkauf bereits sehr regen eingekehrt. Da der Abend die erste große Veranstaltung in dieser Saison ist, empfiehlt es sich, sich mit Eintrittskarten zu versehen, da es fraglich erscheint, ob an der Abendkasse noch genügend Eintrittskarten vorhanden sein werden.

Kaufmännischer Verein. Der nächste Vortrag des Kaufmännischen Vereins findet am Mittwoch, den 15. Nov., im Festsaal der Turngesellschaft, Schwalbacherstraße 8, abends 8½ Uhr statt, und zwar spricht Herr Universitätsprofessor Dr. Streder über das hochwichtige so wenig bekannte Thema „Die Stichtoff-Eroberung der Luft und ihre große volkswirtschaftliche Bedeutung“.

Hessen-Nassau und Umgebung.

Dohheim.

Die silberne Hochzeit feierten die Eheleute Tüncher Friedrich Wilhelm Koffel und Katharine Wilhelmine geb. Kraft.

t. Sindlingen, 10. Nov. Eine Hasenverlosung. Unter Beteiligung fast aller Ortsbewohner nahm die Bürgerweiterei am 8. November die Verlosung von 188 Hasen vor, die von der hiesigen Feldjagd angekauft worden waren. Um niemand zu benachteiligen, wählte man bei dem Verkauf der Hasen die Form der Verlosung. Das Stück wurde mit 5,70 M. abgegeben.

t. Frankfurt, 10. Nov. Billigeres Brot. Die städtische Brotkommission hat eine Herabsetzung des Brotpreises von 60 auf 57 Pfennig für das Vierpfund-Brot beschlossen.

rt. Lorch, a. Rh., 9. Nov. Ein rätselhafter Raub. Von einem Schiffsführer ist auf dem Rhein hier eine schwimmende Schaluppe angehalten und eingebracht worden. Sie war mit Wasser gefüllt und die Riemen hingen links und rechts im Schloß. Es handelt sich um eine selbstgepumpte, mit grauer Farbe gekleidete Schaluppe. In dem Fahrzeug lag ein Herrenschlapphut ohne Futter. Da man die Vermutung hegt, daß jemand mit der Schaluppe gefahren und im Rhein ertrunken ist, wird nach dem Eigentümer, sowie dem Benutzer des Raubens von der Polizeiverwaltung Dingen gesucht.

Gericht und Rechtspflege.

Fo. Ein unverbesserlicher Dieb. Wiesbaden, 8. Nov. Der vielfach, auch im wiederholten Rückfall wegen Diebstahl vorbestrafte 30 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Hermann Ludwig W. von hier hat es bei seinem Raubzug in der Nacht des 11. Juni hauptsächlich auf die jetzt knappen Nahrungsmittel abgesehen. Es wird ihm zur Last gelegt, einen großen Topf mit Fett, Fleischkonserven, Sauerfleisch, Butter, Schmalz, Fett und Wein, eingemachte Bohnen, Speisefarbstoffen u. a. mehr bei seinen Raubzügen geklaut zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung wurden viele Sachen, auch der kleinere Topf, allerdings leer, vorgefunden. Der Angeklagte, der heute vor der Strafkammer aus der Strafbefugnis vorgeführt wird, bestritt natürlich alle die ihm zur Last gelegten Diebstühle. Er will die Sachen redlich erworben haben, kann aber nicht angeben, wo. Die Strafkammer erachtet ihn für überführt und erkannte auf eine Zuchthausstrafe von acht Monaten Gefängnis.

Ein rabiaten Gefelle. Mainzer Strafkammer vom 9. Nov. Der häufig vorbestrafte 43jährige Erbarbeiter Konrad Ruppert aus Dörfel war am 3. Oktober auf der Straße von Radenheim nach Bodenheim von dem Gerdarmeriewachtmann W. nach seinen Papieren gefragt worden. Ruppert griff sofort den Beamten mit einem Prügel an, schlug ihm den Helm vom Kopfe und warf dann mit Steinen nach ihm. Der Wachtmann machte von seinem Säbel und dem Revolver Gebrauch, er konnte aber den Wütenden nicht überwinden. Erst durch Herbeiziehen anderer Personen wurde Ruppert endlich zu Boden geschlagen. Ruppert wie auch der Wachtmann wurden im Krankenhaus in Mainz aufgenommen, wo der Beamte 6 Tage und 3 Wochen lagen. Der Angeklagte wurde wegen tätlichen Widerstands und Körperverletzung zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Unendliche Mörder. Die 18- bzw. 15jährigen Arbeitsburschen Richard und Otto Klaus, die am 25. September im Hause Mayhofener 2 in Berlin die 53jährige Blumenarbeiterin Rudolphi ermordet und beraubt haben, wurden gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin II. zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Sport.

Erfolgreiche Flachrennställe. Die Gewinne unserer großen Rennställe, wie des an der Spitze stehenden Königlich-hauptgestüts Gradiß mit 399 430 Mark bei 26 Siegen, der Herren A. und G. v. Weinberg 377 540 Mark bei 23 Siegen, des Freiherrn E. A. v. Oppenheim mit 283 950 Mark bei 27 Siegen, sind schon in der letzten Zeit

eingehend erörtert worden. Durch verschiedene schöne Erfolge an den Schlusstage in der Provinz hat sich Herr A. B. Vindenshaedts Gewinnsumme noch auf 247 800 M. erhöht. Herr R. Daniel ist bei 192 950 Mark stehen geblieben, ebenso Herr A. v. Schmied der bezw. Gestüt Stelb. nach bei 142 800 Mark. Das Gestüt Wudlinghoven, dessen erfolgreichste Pferde Hadjar mit 27 840 Mark und Hannover mit 24 980 Mark waren, schließt mit 112 920 M. Die Reihe der Rennställe mit mehr als 100 000 M. Gewinn. Die Tatsache, daß im Kriegsjahre 1918 mit seinem fast verminderten Rennbetrieb immerhin 7 Ställe eine leistungsfähige Ziffer gewinnen konnten, ist recht bemerkenswert, denn selbst im Jahre 1913 mit seinem Hochbetrieb war dies nur 12 Ställen möglich. Aber auch die kleineren Ställe schnitten diesmal recht gut ab. So brachte es das Königlich-sächsisch-privatgestüt Weil auf 95 400 Mark, württembergische Privatgestüt Zeil auf 22 500 Mark auf Leben und von 28 520 Mark auf Treue, 22 500 Mark auf Leben und leben lassen und 14 440 Mark auf den ausgezeichneten Zweijährigen Harlekin entfallen. Herr Friedheim folgt mit 82 160 Mark, zu welcher Summe der gute Dreijährige Corregio mit 34 720 Mark am meisten beitrug. Weniger begünstigt schnitt der große Hamburger Rennstall Waldin mit 76 975 Mark ab; fast die Hälfte davon entfällt auf Meridian mit 35 200 Mark. Graf Seydlitz-Sandreczki gewann 76 790 Mark; für den schlesischen Rächter trat Baumgärtlich Jüder mit 45 720 Mark ein. Die Rennställe W. m. S. G. Frölich-Hannover, deren bestes Pferd der schnelle Sonderling war, folgt mit 75 660 Mark vor Herrn E. v. Hennigsen, der in Göttert und Cicurur zwei sehr nützliche Brotverdiener befaß, mit 64 970 Mark, und vor Herrn C. Grohmann mit 56 110 Mark. Unter 50 000 Mark gewann von bekannten Rennställen Herr A. v. Wallenberg 40 450 Mark, S. Opel-Mühlheim 33 880 Mark, Graf E. Hensel 32 440 Mark, A. v. Roepken 26 680 Mark und das Bayerische Privatgestüt Penitenten 11 800 Mark.

Die Einführung des Totalisators in England, die in einer mit vielen Unterschriften versehenen Petition beantragt wurde, sollte im englischen Jockeyclub beraten werden. Nach kurzem Meinungsaustrausch beschloß man jedoch die Erörterung des Antrages jetzt abzulehnen und auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen.

Die großen Ställe in Arosa sind auf den 25. und 26. Februar 1917 angelegt. Vorher soll die weitere Ausbesserung Sprungställe am 6. Januar einmündet werden. Die Eröffnung der neuen 3200 Meter langen Bobbahn Arosa-Müti (Bergfahrt von der Station Bistrati mit der elektrischen Bahn Chur-Arosa) soll noch im Laufe des Dezembers erfolgen.

Königlich-niederländischer Motorclub. Dem Niederländischen Motorclub ist die Bezeichnung „Königlich“ verliehen worden, welche Auszeichnung gemeinsam mit dem zehn-jährigen Bestehen am 21. Februar 1917 festlich begangen werden soll.

Handel und Industrie.

Berliner Börsenbericht vom 9. Nov. Das Geschäft zeigte uneinheitliche Tendenz. Montanaktien schwächten sich ab, zogen dann aber wieder an. Unter den Nebenwerten des Montangebietes erzielten Renden und Schwerte und Baroper Walzwerk beträchtliche Kursbesserungen. Höher waren ferner Drahtwerke Langendern, Mühlwitzer Eisen, von der Hopen und Bitterer Stahl. Recht lebhaft ging es wieder am Markte der Maschinenwerke zu. Hier bestand Kaufsdruck von allem für eine Anzahl schifflicher Maschinenaktien, ferner für Augsburg, Nürnberg und Deutsche Maschinenbau Duisburg. Der Markt der Nahrungsmittel wies bei stillem Geschäft überwiegend leicht Kursrückgänge auf. Beifällige Kupfer und Zirkon Kupfer waren höher. Für Antimonwerte machte sich von neuem Kaufsdruck bemerkbar. Die Schiffahrtswerte waren leicht abgeknüpft. Erwähnenswert höher waren Deutsche Bank und Disconto-Commanditanteile. Deutsche Erdöl hatten lebhaftes Geschäft. Türkische Tabak, Canale Pacific und Barziner Papier konnten eine ansehnliche Kursbesserung durchsetzen. Kaliwerte zogen etwas an, besonders Helldorf und Ronneberg. Am Rentenmarkt waren die einheimischen und österreichisch-ungarischen Renten gut beaufschlagt. Das Interesse für türkische Renten hielt auch heute an. Täglicher Geld 4 Proz. Privatdiskont 4½ Proz.

Berliner Produktienmarkt vom 9. Nov. Neues über das Produktiengeschäft ist nicht zu berichten. Da es an Anregung fehlt, bewegt sich der Umsatz in engen Grenzen, zumal die Käufer besonders für Rüben recht zurückhaltend sind. Infolge Wagenmangels bleiben die Ankünfte besonders für Fein- und Stroh knapp. Das Geschäft in Heidekraut ist wenig belagert. Der Verkehr am Sauermarkt leidet unter geringem Angebot. Terrazellen sind begehrt. Die Preise sind gegen gestern unverändert.

Frankfurter Börsenbericht vom 9. Nov. Im allgemeinen war bei ruhigem Geschäft Realisationsneigung vorherrschend, so daß die Kurse sich auf verschiedenen Gebieten ein wenig senkten. Abgeschwächt waren besonders Montanpapiere. Von chemischen Werten gaben Gröden, Scheideanstalt noch weiter ansetzen. Erhöht waren Alkali- und Oppenheimer, dagegen gingen Schwabach etwas zurück. Interesse zeigte sich für einzelne Maschinenaktien. Deutsche Bank, Disconto-Commandit, Berliner Handelsgesellschaft höher. Amerikanische Bahnen wurden höher genannt. Nahrungsmittel und Petroleumwerte blieben gut beaufschlagt. Privatdiskont 4½ Proz.

Kinder Wiesbadens!

In Eure Hand legt mit dem heutigen Tage vertrauensvoll die Wiesbadener Kriegsfürsorge die wichtige Aufgabe der Werbe- und Sammelstätigkeit. Rechtsfertigt dies Vertrauen durch Euern Sammeleifer, der noch nie versagt hat!

Eine Kanzlerrede im Hauptausschuß.

Antwort an Lord Grey: Wer ist an dem Kriege Schuld?

Berlin, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags ergriff der Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren! Der Gang der Reichstagsverhandlungen hat es mir nicht ermöglicht, noch im Plenum das Wort zu den Ausführungen allgemeiner politischer Art zu ergreifen. Ich glaube aber der Bedeutung, welche ich auf diese Ausführungen lege, vollkommen gerecht zu werden, wenn ich vor dem Forum des Hauptausschusses mache und habe deshalb Ihren Herrn Vorstehenden um die Anberaumung der heutigen Sitzung gebeten.

Meine Herren! Der Kern der eingehenden Besprechungen, welche hier im Hauptausschuß in allen vergangenen Wochen geführt worden sind, ist schließlich immer die Frage nach dem Fortgang und der Beendigung des Krieges gewesen. Bei unseren Feinden ist in der Regel nur von der Fortsetzung des Krieges die Rede. Auch Lord George hat davon in seiner letzten Rede vor dem House of Commons gesprochen. Der englische Minister hat dabei ein Wort ausgesprochen, das festhalten zu werden verdient; er sagte: „Man könne nicht oft genug auf den Ursprung des Krieges zurückkommen, denn dieser Ursprung sei von Einfluß auf die Friedensbedingungen. Wenn es wahr wäre, daß der Krieg Deutschland aufzuzwingen worden sei, dann sei es nur logisch, wenn Deutschland die Sicherheiten gegen einen künftigen Angriff verlange.“

Das ist ein immerhin bemerkenswertes Eingeständnis. Ähnlich folgte alsbald die Behauptung, das Geometrie der künftigen Darstellung von dem Ursprung des Krieges sei nicht. Nicht Deutschland sei der Krieg aufgezwungen worden, sondern Europa den Krieg aufgezwungen. Bei der grundlegenden Tatsache, die Lord George neuerdings dieser Frage auch für die Friedensbedingungen wieder beibringt und die wir ihr immer beizumessen haben, bin ich geneigt, den Tatbestand wieder einzelfestzustellen und die Einwände zu zerlegen, mit denen unsere Gegner den Sachverhalt zu verfälschern suchen. Ihnen gegenüber, meine Herren, kann ich dabei allerdings nur Bekanntes wiederholen.

Der Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Generalmobilisation, die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 angesetzt wurde. Rußland, England, Frankreich und die ganze Welt mußten, daß dieser Schritt uns ein längeres Zuwarten unmöglich machen mußte, daß dieser Schritt gleichbedeutend mit der Kriegserklärung war. In der ganzen Welt, auch in England, beginnt man sich über die verhängnisvolle Bedeutung der russischen Mobilisation zu werden. Die Wahrheit bricht sich Bahn.

Ein englischer Gelehrter von Belief hat vor einiger Zeit gesagt: Viele Leute würden anders über das Kriegsgeschehen denken, wenn sie über den Kriegsanfang besser Bescheid wüßten, besonders über den Tatbestand der russischen Mobilisation. Kein Wunder, wenn Lord Grey bei seiner Rede an der russischen Mobilisation nicht vorbeiginge. Er sah sich gezwungen, von der russischen Mobilisation zu sprechen. Er konnte nicht mehr bestreiten, daß die russische Mobilisation der deutschen und der österreichischen Mobilisation voranging. Da er aber die Schuld am Kriege von der Entente abwälzen will, macht er den gewagten Versuch, durch

eine ganz neue Lesart

die russische Mobilisation als das Werk Deutschlands hinzustellen. Lord Grey hat ausgeführt, Rußland habe erst nach dem, nachdem in Deutschland ein Bericht erschienen war, daß Deutschland die Mobilisation befohlen habe und nachdem dieser Bericht nach Petersburg telegraphiert worden sei. Unter Hinweis auf die angebliche Fälschung der Wiener Deutsche von 1870 fügte er hinzu, daß in dem von uns gewählten Augenblick ein Manöver gemacht worden sei, um einen anderen zu einer Verteidigungsmassnahme zu veranlassen und daß dann diese Verteidigungsmassnahme von uns mit einem Ultimatum beantwortet sei, das den Krieg unvermeidlich gemacht habe.

Es hat 24 Jahre gedauert, bis Lord Grey auf diese falsche Lesart der Kriegserklärung gekommen ist. Der Vorgang, auf den er anspielt, ist bekannt. Das Dokument, das seiner Beweisführung zu Grunde liegt, ist im Extrablatt des „Berliner Lokal-Anzeigers“ unterrichtet, daß

Die Herren erinnern sich vielleicht, daß am Donnerstag, den 2. Juli 1914, in den frühen Nachmittagsstunden der „Berl. Lok.-Anz.“ in Form eines Extrablattes die Mobilisation herausgab, daß Se. Majestät der Kaiser die Mobilisation befohlen habe. Die Herren wissen auch, daß auf der Stelle der Verkauf dieses Extrablattes vollständig vertrieben und die vorhandenen Exemplare beschlagnahmt wurden sind. Ich ließ alsbald den russischen Botschafter und die übrigen Botschafter telephonisch davon unterrichten, daß von dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ ausgegebene Nachrichten falsch sei und wurde außerdem alsbald von der Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeigers“ unterrichtet, daß im Versehen vorlag.

Ich kann weiter feststellen, daß der russische Botschafter sofort nach Ausgabe des Extrablattes eine diffamierende Meldung nach Petersburg telegraphisch übermittelte, die nach dem russischen Orangebuch lautet: „Ich erlaube, daß die Mobilisationsbefehle für das Landheer und die deutsche Flotte sofort veröffentlicht worden ist, daß von diesem Telegramm nach der telephonischen Auffklärung durch den Staatssekretär v. Jagow ein zweites in offener Sprache folgte, das lautete: „Ich bitte, mein letztes Telegramm als nichtig zu betrachten. Aufklärung folgt.“ Einige Minuten darauf sandte der russische Botschafter eine diffamierende Sprache ein drittes Telegramm, das nach dem russischen Orangebuch lautet: Der Minister des Auswärtigen habe ihm soeben, in diesem Augenblick telephoniert, daß die Nachricht von der Mobilisation des Heeres und der Flotte falsch, und daß die betreffenden Extrablätter beschlagnahmt worden seien. Das sofortige Eingreifen des Staatssekretärs v. Jagow, die Nichtabgabe der falschen Telegramme — ein Eingreifen, das in dem offiziellen russischen Orangebuch, in dem Telegramm des Botschafters Sierbiewitz steht, wird — widerlegt allein schon die Behauptung Lord Greys, daß wir Rußland absichtlich hätten täuschen wollen, um es zur Mobilisation zu veranlassen. Ich kann aber auch feststellen, daß nach den Erhebungen der Kaiserlichen Postverwaltung über die Abgangszeiten der drei Telegramme des russischen Botschafters diese nahezu gleichzeitig in Petersburg angekommen sein müssen. Die russische Postverwaltung kann sich also nur einer kurzen Anwesenheit in diesen Glauben befunden haben, daß in Deutschland eine allgemeine Mobilisation angeordnet worden sei. Deshalb war die Nichtabgabe der Falschmeldung bereits

erfolgt, ehe die russische Regierung ihrerseits die allgemeine Mobilisation anordnete. Meine Herren!

Wir haben kein Tribunal zu scheuen.

Ich kann weiter feststellen, daß die neue Lesart ausschließlich von Lord Grey aufgebracht wurde. Die russische Regierung selbst, die doch am besten über die Gründe ihrer Mobilisation unterrichtet sein mußte, ist niemals auf den Gedanken gekommen, sich für ihren verhängnisvollen Schritt auf das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ zu berufen. Lord Grey wird, wie ich auch annehme, den Zaren als Zeugen nicht ablehnen wollen. Der Zar hat noch am 31. Juli, 2 Uhr nachmittags, als die Mobilisationsbefehle an die sämtlichen russischen Streitkräfte bereits ergangen war, an Se. Maj. den Kaiser auf dessen letzten Friedensappell telegraphiert: „Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreich-Ungarns Mobilisierung notwendig geworden sind.“ Kein Wort vom „Lokal-Anzeiger“, kein Wort von einer deutschen Mobilisation.

Nur beiläufig erinnere ich daran, daß auch der Hinweis des Zaren auf die angebliche Mobilisation Österreich-Ungarns keinesfalls den Grund für die russische allgemeine Mobilisation abgeben konnte. Österreich-Ungarn hatte zu der Stunde, als die allgemeine Mobilisation in Rußland angeordnet wurde, lediglich acht Armeekorps angesichts des Konflikts mit Serbien auf den Kriegszug gesetzt, und Rußland hatte diese Maßnahme bereits am 29. Juli mit der Mobilisation von 13 Armeekorps beantwortet. Seit dem 29. Juli waren von österreichisch-ungarischer Seite keine weiteren militärischen Maßnahmen ergriffen worden, die Rußland zu der einer Kriegserklärung gleichkommenden allgemeinen Mobilisation hätte Veranlassung geben können. Erst nachdem die allgemeine Mobilisation in Rußland erfolgt war, ist Österreich-Ungarn am Vormittag des 31. Juli auch seinerseits zur allgemeinen Mobilisation übergegangen.

Wir unsererseits haben selbst dann noch Langmut und Geduld geübt

bis zur äußersten Grenze der Rücksicht auf unsere allgem. Existenz und der Verpflichtung gegenüber unseren Bundesgenossen. Wir hätten ja schon am 29. Juli, als Rußland gegen Österreich-Ungarn mobilisierte, auch unsererseits mobilisieren können.

Der Wortlaut unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn war bekannt. Niemand hatte unsere Mobilisation als eine aggressive bezeichnen können. Wir haben es nicht getan. Aber auch die Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilisation haben wir zunächst nur mit der Verkündung des Rußlandes der drohenden Kriegsgefahr beantwortet, die noch nicht Mobilisation bedeutet. Wir haben das der russischen Regierung mitteilt und hinzugefügt, daß die Mobilisation folgen müsse, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden jede Kriegsmassnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstelle und uns hierüber bestimmte Erklärungen abgäbe. Wir haben damit Rußland selbst als das Schicksal des Krieges bereits unabwendbar fassen, noch einmal eine Frist gegeben, sich zu besinnen und im letzten Augenblick den Weltfrieden zu retten. Wir haben auch Rußlands Verbündeten und Freunden durch diesen Auffschub im letzten Augenblick noch einmal die weltgeschichtliche Möglichkeit gegeben, auf Rußland zugunsten des Friedens einzuwirken.

Es war umsonst. Rußland ließ uns ohne Antwort. England verbarnte gegenüber Rußland in Schweigen. Frankreich leugnete durch den Mund des Ministerpräsidenten gegenüber unserem Botschafter noch am Abend des 31. Juli die Tatsache der russischen Mobilisation einfach ab und verfügte seine eigene Mobilisation einige Stunden früher, als wir unsererseits zur Mobilisation schritten.

Was übrigens den angeblich defensiven Charakter der russischen Generalmobilisation betrifft, so will ich hier ausdrücklich feststellen, daß bei Ausbruch des Krieges 1914 noch eine im Jahre 1912 erlassene allgemeine Anweisung der russischen Regierung für die Mobilisationsstunden in Kraft war, die wörtlich folgende Stelle enthält:

„Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist!“
Gegen uns, meine Herren.

1912 gegen Deutschland!

Es ist unerlässlich, wie gnädisch des altenmäßigen Tatbestandes Lord Grey der Welt und seinem eigenen Lande mit der Geschichte von dem Manöver kommen kann, mit dem wir dem friedfertigen Rußland die Mobilisation gegen seinen Willen durch plumpe Täuschung über unsere eigenen Maßnahmen entlockt hätten.

Nein, meine Herren!

Die Wahrheit ist:

Nie und nimmer hätte Rußland den Entschluß zu dem verhängnisvollen Schritt gefaßt, wenn es nicht von der Thematik durch Handlungen und Unterlassungen zu diesem Schritt ermutigt worden wäre. Ich erinnere an die Sachlage jener Stunde, als Rußland den Befehl der allgemeinen Mobilisation erteilte. Bekannt ist die Instruktion, die ich am 30. Juli an unseren Botschafter nach Wien gegeben habe. In dieser Instruktion habe ich der österreichisch-ungarischen Regierung eine unmittelbare Verhandlung mit Rußland dringend nahegelegt und ausdrücklich ausgesprochen, daß Deutschland nicht wünsche, durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineingezogen zu werden.

Lord Grey weiß auch genau, daß ich einen von ihm unserm Botschafter am 29. Juli gemachten Vermittlungsvorschlag, der mir als eine gezielte Grundlage für die Erhaltung des Friedens schien, mit meiner entschiedenen Befürwortung nach Wien weitergegeben habe. Ich habe damals nach Wien telegraphiert:

Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, siehe ich vor einer Komplikation. Bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Österreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden. Deutschland würde infolge der Gegenwart Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu fallen. Das politische Verhängnis Österreich-Ungarns, die Waffenehre seiner Armee, sowie seine herkömmlichen Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Befehluna Belgrads oder anderer Städte hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.

Die österreichisch-ungarische Regierung entsprach unseren eindringlichen Vorstellungen, indem sie ihrem Botschafter in Berlin folgende Mitteilung gab:

Ich erlaube Ew. Excellenz, dem Staatssekretär von Jagow für die uns durch Herrn von Tschirsky gemachten Mitteilungen verbindlich zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Aenderung, die in der Situation durch die Mobilisierung eingetreten sei, gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir Edward Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zu treten. Die Voraussetzung unserer Annahme sei jedoch natürlich, daß unsere militärischen Absichten gegenwärtig einzuweisen ihren Fortgang nehmen und das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete russische Mobilisation zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich die uns durch dieselbe aufgezwungenen defensiven Gegenmaßnahmen in Galizien sofort wieder rückgängig gemacht würden.

Ich stelle den folgenden Schritt Lord Greys gegenüber. Am 27. Juli 1914 gab er auf die Bemerkung des russischen Botschafters in London, in den deutschen und österreichisch-ungarischen Kreisen bestünde der Eindruck, daß England ruhig bleiben werde, die Antwort: „Dieser Eindruck wird durch die Befehle beseitigt, die ich der ersten Flotte gegeben habe!“ Am 29. Juli gab Lord Grey von seiner vertraulichen Warnung an den russischen Botschafter in London, daß Deutschland auf rasche Entschlüsse, das heißt auf die Teilnahme an dem Krieg gegen uns gefaßt sein müsse, sofort dem französischen Botschafter Kenntnis. Konnte da Lord Grey annehmen, daß eine solche Eröffnung an den französischen Botschafter dem Frieden dienen sollte? Mußte der Franzose nicht diese Eröffnung als Zusage der Waffenhilfe für den Kriegsfall annehmen? Mußte Frankreich dadurch nicht ermutigt werden Rußland die seit Tagen dringend verlangte Zusage der Waffenhilfe zu geben? Und mußte Rußland nicht ebenso durch die Sicherheit der englischen und französischen Bundesgenossenschaft in seiner Kriegsbefürchtung auf das Heftigste bekräftigt werden? Am Abend desselben Tages, am 29. Juli, beauftragte Herr Sazonow den russischen Botschafter in Paris der französischen Regierung die aufrichtige Dankbarkeit für die ihm von dem französischen Botschafter gemachte Erklärung auszusprechen, daß Rußland voll und ganz auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs rechnen könne.

Also Rußland stand in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli vor der Tatsache der durch unsere Einwirkung herbeigeführten Rachegerechtigkeit Österreich-Ungarns, die den Weg zur Erhaltung des Friedens frei machte. Es stand gleichzeitig vor der durch die Eröffnung Lord Greys an Herrn Charles Cambon gewährleisteten Sicherheit der englischen und französischen Waffenhilfe, eine Sicherheit, die ihm überhaupt erst die Möglichkeit des Krieges gab. Es wählte die Mobilisation und damit den Krieg.

Wer ist nun schuldig

an dieser schicksalsschweren Entscheidung? Wir, die wir dem Wiener Kabinett mit Nachdruck die äußerste Rachegerechtigkeit und die Annahme des englischen Vermittlungsvorschlages empfohlen, oder das britische Kabinett, das Frankreich und Rußland in der kritischen Stunde seine Waffenhilfe in Aussicht stellte? Lord Grey hat von diesen entscheidenden Dingen nicht gesprochen, dafür aber die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf Neben Sachen abgelenkt.

Das Haager Schiedsgericht, das der Zar anbot, klingt ja äußerlich sehr bedeutungsvoll, aber es wurde angeboten, als bereits die russischen Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt worden waren. Seinen eigenen Schiedsvorschlag — ich habe das wiederholt im Reichstag ausgesprochen — hatte Lord Grey selbst zugunsten unserer Vermittlung zurückgestellt.

Und Belgien? Ehe auch nur ein einziger deutscher Soldat seinen Fuß auf belgischen Boden gesetzt hatte, hat Lord Grey dem französischen Botschafter nach dem Bericht an seine Regierung wörtlich erklärt: „Falls die deutsche Flotte in den Kanal einfahre, oder die Nordsee passieren sollte in der Absicht, die französische Küste oder die französische Kriegsflotte anzugreifen — zu beunruhigen! meine Herren! — würde die britische Flotte eingreifen, um der französischen Marine ihren Schutz zu gewähren, in der Art, daß von diesem Augenblick an England und Deutschland sich im Kriegszustand befinden würden.“

Kann derjenige, der das

Auslaufen unserer Flotte als casus belli

erklärte, wirklich noch im Ernst behaupten, einzig und allein die Verletzung der belgischen Neutralität habe England gegen seinen Willen in den Krieg getrieben?

Und schließlich die Behauptung, wir hätten, um England von dem Krieg fernzuhalten, der britischen Regierung das unwürdige Angebot gemacht, sie möge zur Verletzung der belgischen Neutralität die Augen zudrücken und um uns freie Hand zu lassen, die französischen Kolonien wegzunehmen.

Ich fordere Lord Grey auf,

in seinem Mandat und in seinen Akten sein Verhalten nachzuprüfen. Ich habe in dem bekannten Bestreben, den Krieg zu lokalisieren, dem britischen Botschafter in Berlin schon am 29. Juli zugesichert, daß wir unter der Voraussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs gewährleisten. Am 1. August hat Herr Pichonovsky Lord Grey gefragt, ob im Falle einer Verpflichtung Deutschlands, die Neutralität Belgiens zu achten, England sich sofort zur Neutralität verpflichten könne. Er stellte ferner in Aussicht, daß im Falle der englischen Neutralität

die Integrität nicht nur des französischen Mutterlandes, sondern auch der französischen Kolonien garantiert

werden könne. Er gab in meinem Auftrag die Versicherung, daß wir bereit seien, auf einen Angriff auf Frankreich zu verzichten, falls England die Neutralität Frankreichs verbürgen wolle. In letzter Stunde noch machte ich die Auflage, daß, solange England sich neutral verhalte, unsere Flotte die französische Nordküste nicht angreifen und, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, keine feindlichen Operationen gegen die französischen Handelschiffe vornehmen werde. Lord Grey hatte auf alles nur die Antwort, er wolle endgültig jedes Neutralitätsversprechen ablehnen, und er könne

nur sagen, daß England sich die Hände freizuhalten wünsche. Hätte England diese Neutralitätsklärung abgegeben, so wäre es nicht, wie Lord Grey meint, der Verachtung der ganzen Welt preisgegeben worden, sondern es hätte sich damit das Verdienst erworben, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Auch hier frage ich: Wer hat den Krieg gewollt? Wir, die wir England jede irdische Sicherheit nicht nur für die unmittelbaren englischen Interessen, sondern auch für Frankreich und Belgien zu geben bereit waren, oder England, das jeden unserer Vorschläge ablehnte und sich weigerte, seinerseits irgendeinen Weg zur Erhaltung des Friedens zwischen unseren beiden Völkern auch nur anzudeuten?

Meine Herren! Ich wiederhole: Alle diese Dinge sind von der deutschen Regierung teils in meinen Reden, teils in amtlichen Publikationen so oft dargestellt worden, daß es mir, nachdem der Krieg nun über zwei Jahre wüthet, im Grunde widerstrebt, diese retrospektiven Betrachtungen zu erneuern. Aber es handelt sich nicht um eine Polemik. Wir haben das größte Interesse daran, den immer wieder künstlich genährten Glauben, als sei Deutschland der Angreifer gewesen, so schnell als möglich zu zerstreuen. Und trifft vollends Lord Greys Ansicht zu, daß die Erkenntnis über alle wahren Ursachen des Krieges für seine Beendigung und für die Friedensbedingungen von großer Bedeutung ist, so weisen meine Worte doch auch auf die Zukunft hin. Lord Grey hat sich endlich ausführlich mit der Zeit nach dem Krieg, mit der Gründung eines internationalen Bundes zur Wahrung des Friedens

beschäftigt. Auch dazu will ich einige Worte sagen: Wir haben niemals ein Hehl aus unsern Zweifeln gemacht, ob der Frieden durch internationale Organisationen, wie Schiedsgerichte, dauerhaft gesichert werden könne. Die theoretische Möglichkeit des Programms will ich nicht erörtern, aber praktisch werden wir jetzt und im Frieden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Wenn nach Beendigung des Krieges seine entscheidenden Verwicklungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach Abmachungen und Verständigungen gehen, um, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe zu verhindern. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, herzlich mitprüfen und an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten. Das umso mehr, wenn der Krieg, wie wir zuverlässig erwarten, politisch zuhause hervorbringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, großer wie kleiner, gerecht werden. Dabei wird das Prinzip des Rechts und der freien Entwicklung nicht bloß auf dem Festland, sondern auch auf dem Meere zur Geltung zu bringen sein. Davon hat Lord Grey allerdings nicht gesprochen! Die internationale Friedenswirtschaft, die ihm vorschwebt, scheint überhaupt einen eigenartigen, auf die speziell englischen Wünsche zugeschnittenen Charakter zu haben. Während des Krieges haben nach seinem Willen die Neutralen zu schweigen und jeden Zwang der englischen Weltbeherrschung auf dem Meere geduldig hinzunehmen.

Nach dem Krieg, wenn England, wie es meint, uns auf das Haupt geschlagen und über die Welt nach seinem Willen neu disponiert haben wird, dann sollen sich die Neutralen zur Garantie der neuen englischen Weltordnung aufzumenschießen! Zu dieser Weltordnung wird auch folgendes gehören:

Aus zuverlässigen Quellen wissen wir, daß England und Frankreich im Jahre 1915 Rußland die territoriale Herrschaft über Konstantinopel, den Bosporus und das Becken der Dardanellen mit dem Hinterland ausstatten und Kleinasien unter den Entente-mächten aufgeteilt haben. Die englische Regierung ist Anfragen hierüber, die im Parlament gestellt worden sind, ausgewichen. Aber diese Pläne der Entente sind doch wahrscheinlich auch für den Völkerfriedensbund, der sie später garantieren soll, von Interesse.

So sehen die Annexionsabsichten unserer Gegner aus, wozu auch Elsass-Lothringen kommt, während ich bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet habe! Eine solche Gewaltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbund abgeben. Eine solche Gewaltpolitik steht in offenem Widerspruch mit den von Lord Grey und Herrn Asquith angestrebten idealen Zuständen, in denen das Recht über die Macht herrscht und alle Staaten, die eine Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter den gleichen Bedingungen und in Uebereinstimmung mit ihren natürlichen Anlagen frei entwickeln können. Will sich die Entente ernstlich auf diesen Boden stellen, so sollte sie sich auch danach richten und handeln. Tut sie das nicht, dann bleiben auch die erhabenen Worte über den Friedensbund und ein einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilie Schall und Rauch! Die erste Vorbedingung für eine freie Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Friedens und des friedlichen Ausbaus entgegenstehender Gegensätze wäre, daß sich keine aggressive Koalition mehr bildet.

Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbund beizutreten, ja sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Saume

hält. Die Geschichte der internationalen Beziehungen vor dem Krieg liegt klar vor aller Welt. Was führte Frankreich an Rußlands Seite? Elsass-Lothringen! Was wollte Rußland? Konstantinopel! Warum schloß sich England ihnen an? Weil ihm Deutschland mit seiner friedlichen Arbeit zu groß geworden war! Und was wollten wir? Wir sagten, Deutschland habe mit seinem ersten Angebot der Integrität Belgiens und Frankreichs England die Erlaubnis verkaufen wollen, von den französischen Kolonien zu nehmen, was ihm beliebt. Selbst dem hinverbrannten Deutschen ist nie der Gedanke gekommen, über Frankreich herzufallen und ihm seine Kolonien zu nehmen. Nicht das war das Verhängnis Europas, sondern, daß

die englische Regierung die russischen Eroberungsgehrnisse begünstigte.

die ohne einen europäischen Krieg nicht in Erfüllung gehen konnten. Diesem aggressiven Charakter der Entente gegenüber hat sich der Dreibund stets in Defensivstellung befunden. Kein ehrlicher Beurteiler kann das leugnen! Nicht im Schatten des preussischen Militarismus hat die Welt vor dem Krieg gelebt, sondern im Schatten der Einkreisungspolitik, die Deutschland nie-derhalten sollte! Wegen dieser Politik, mag sie diplomatisch als Einkreisung, militärisch als Vernichtung, wirtschaftlich als Weltboykott in die Erscheinung treten, haben wir von Anfang an in der Verteidigung gestanden. Das deutsche Volk führt diesen Krieg als einen

Verteidigungskrieg zur Sicherung seines nationalen Daseins

und seiner freien Fortentwicklung. Niemals ist etwas anderes von uns behauptet worden, niemals etwas anderes gewollt worden! Wie wäre auch sonst diese Entfaltung von riesigen Kräfte, dieser unerschöpfliche, zum letzten entschlossene Opfermut zu erklären, der unerhört in aller Menschengeschichte besteht! Gegen einen Feind, dem das Angebot der militärischen und der materiellen Hilfskräfte aus aller Welt dienstbar gemacht wird, hat sich unsere Widerstandskraft zu immer härterer Entschlossenheit gestählt. Was England auch noch an Kräften einlegen mag, auch Englands Machtangebot hat seine Grenze und ist bestimmt, an unserm Siegeswillen zu scheitern! Dieser Wille ist unbezwingbar und unverwundbar. Doch unsern Feinden die Erkenntnis davon kommen wird, das warten wir in Suveränität ab, da sie kommen muß!

Nach der Rede des Reichskanzlers machte der Hauptausdruck eine halbstündige Pause.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung führte zunächst ein Vertreter des Zentrums ungefähr folgendes aus: Neu in der Rede des Reichskanzlers sei namentlich, daß der russische Befehl von 1912 die Mobilmachung als identisch mit Krieg gegen Deutschland bezeichne. Dadurch gewinne die russische Mobilmachung einen ganz neuen Charakter. Er begrüße die Erklärung, daß Deutschland sich an einem Staatenbund zur Erhaltung des Friedens beteiligen, ja sich an dessen Spitze zu stellen bereit sei. Klar sei, daß in einem solchen Staatenbund nicht durch Mehrheitsbeschluß über Lebensfragen der Staaten abgestimmt werden könne. Im Haag sei das Negative etwas zu kurz in den Vordergrund gestellt worden gegenüber dem Positiven, daß man jeden ehrlichen Versuch zur besseren Sicherung des Friedens unterstützen solle. Die Erfahrungen des Krieges rechtfertigten das Verlangen nach einem besseren Schutz unserer Grenzen. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die polnische Frage zu betrachten. Der Sinn der Proklamation sei, daß Polen Gelegenheit gegeben werde, sich an den Völkern anzuschließen, anstatt nach dem Osten, bei freier selbständiger Entwicklung. Die Proklamation könne als ein hochherziger Entschluß begrüßt werden. Selbstverständlich sei sie in erster Linie bestimmt, unsere Interessen zu dienen, und es sei sogar Pflicht eines leitenden Staatsmannes, diesen Gesichtspunkt in klarer, kalter Erwägung in den Vordergrund treten zu lassen. Diefelben grundsätzlichen Erwägungen müßten in Belgien maßgebend sein. Wenn der Reichskanzler wiederhole, daß er niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe, so scheine er noch auf diesem Standpunkt zu stehen. Allerdings müsse aber dafür gesorgt werden, daß Belgien niemals wieder als Einfallstort gegen Deutschland dienen könne. Er beziehe sich auf die frühere Erklärung des Abgeordneten Spahn, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse.

Von einem nationalliberalen Redner wurde ausgeführt, daß die Darlegungen des Reichskanzlers dankenswerte Klarheit über die letzten Vorgänge vor dem Kriege gebracht hätten. Es sei zu wünschen, daß diese Darlegungen weite Verbreitung im neutralen Ausland fänden. Bemerkenswert seien besonders die Mitteilungen über die Vorgänge am 20. und 30. Juli. Es sei wichtig, daß ein englischer Vermittlungsvorschlag von uns weitergegeben und in Wien angenommen worden sei. Ebenso bemerkenswert sei, daß wir auf die direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg hingewirkt hätten. Der Reichskanzler habe auch die Kriegursachen behandelt. Es sei den anzunehmen, daß der Krieg das Ergebnis der Gesamtentwicklung sei, die mit der Einkreisungspolitik einsetzte. Demgegenüber sei die deutsche Politik durchaus friedlich gewesen. Mit Rußland hätten wir, wie die Verhandlungen von Potsdam und Baltischport bewiesen, versucht, auf guten Fuß zu kommen. Das Hindernis seien die russischen Wünsche am Balkan und auf Konstantinopel gewesen. Die Marokkofrage sei mit dem Ziele einer endgültigen Verständigung mit Frankreich be-

handelt worden. Wenn das Ziel nicht erreicht wurde, so sei es nicht unsere Schuld gewesen. Die Verhandlungen, die unmittelbar vor dem Kriege mit England über den Interessenausgleich geführt wurden, seien ebenfalls ein Beweis friedlicher Politik. Wenn wir nun trotzdem gegen unsern Willen in den Krieg verwickelt worden seien, so sei die Schlussfolgerung richtig, daß wir uns durch bessere Grenzen schützen müssen. Er wolle nicht auf die polnische und die belgische Frage eingehen. Es sei jedenfalls zweifelhaft, ob es richtig wäre, jetzt definitive Vergichte auszusprechen. Er könne behaupten, daß der Reichskanzler niemals von der Annexion Belgiens gesprochen habe; daß sei auch nicht von den Herren behauptet, die sich von Zeit zu Zeit bei dem Reichskanzler versammelten. Mit den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers seien aber nicht seine früheren Neußerungen preisgegeben, daß der Status quo ante nicht wiederhergestellt werden könne, und daß wir reelle Garantien haben müßten, daß Belgien nicht der Brückenkopf für englische Machtpläne auf dem Kontinent sein dürfe. Sonst würden wir für den Fall des künftigen Friedens schlechter stehen als diesmal. Zur Frage eines internationalen Bundes zur Wahrung des Friedens äußerte der Redner namens seiner Freunde sein Einverständnis damit, daß die deutsche Politik jeden Versuch zur Schaffung von derartigen Institutionen mit eifrigem Interesse mitarbeitete. Die Lebensinteressen könnten, wie ja auch die bekannte Ehrenklausel bezeugt, seiner internationalen Entscheidung unterworfen werden. Natürlich dürfe nicht alles auf die englischen Interessen ausgelegt werden und auf die englische Herrschaft über die Neutralen und über das Meer. Die deutschen Interessen dürften durch die englische Uebermacht nicht geschädigt werden. Ausschlaggebend müßten für unser Vorgehen immer die deutschen Interessen sein.

Der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte, daß ungezählte Menschen nicht nur bei uns dem Reichskanzler für die Zusammenstellung, die er gegeben habe, dankbar sein würden. Die historischen Vorgänge seien außerordentlich glücklich und wirkungsvoll zusammengestellt. Das Gedächtnis, auch mancher Staatsmänner, für die tatsächlichen Vorgänge sei merkwürdig schwach. Der Redner wandte sich sodann scharf gegen den „Berliner Volksanzeiger“, der mit seiner unüberlegten Handlungsweise fast in die Geschichte der Menschheit eingegriffen habe. Seine Freunde seien damit einverstanden, daß internationale Friedensbildungen stattfinden. Lord Grey im Ernst die Hand zum Frieden ausgestreckt habe, wolle er nicht unteruchen. Wir sollten aber prüfen, ob es nicht erst sei, zu seinen Gedanken Friedenswahrung zu schaffen, sei gewiss fraglich. Seine Freunde seien immer dafür gewesen, einen Versuch zu machen. Es werde kein ganz verlorenen Mühe sein. Jetzt habe die Sache natürlich eine andere Bedeutung als vor dem Kriege. Durch die ganze Menschheit werde ein ernstes Schauen nach der Friedenssicherung gehen. Er sei froh, daß der Reichskanzler so deutlich seine Mitarbeit versprochen habe. Vielleicht sei das von größter Bedeutung, als man sich in Augenblicke vorstelle. Es sei gut, daß unsere Friedensliebe so klar und unabweisend festgestellt worden sei. Es müßten natürlich die Konsequenzen aus dem gezogen werden, was uns angetan worden sei. Eine Neuordnung im englischen Sinne und nach englischem Muster dürfe es nicht geben. Das sei das Interesse der ganzen Welt. Greys Ansichten hätten nicht die Grundtöne eines Weltfriedens. Darin teile er völlig die Ansicht des Reichskanzlers. Wir verlangen Schutz unserer Freiheit und Sicherheit für unsere Entwicklung.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, der Reichskanzler habe die Schuld aufgerollt und ausgeführt, wie er sich die Verbeiführung des Friedens denke. Diese letztere Frage sei die wichtigere. Es wäre besser gewesen, daß manches, was die Schuldfrage erklärt worden sei, schon früher hätte gesagt werden können, wie die zweite Antikriegsrede nach Wien. Der russische Befehl von 1912 müsse das zeigen. Der Reichskanzler habe der Annexion Belgiens nicht gewichen. In allen Ländern wache der Gedanke, müsse ein Ende des Krieges werden. Mit Recht habe der Kanzler gesagt, der Schrei, daß in Zukunft die Krieg durch internationale Verträge verhindert werden, sei groß, daß er schließlich einen Erfolg haben müsse. Hätten früher die Schiedsgerichte zu mehr „en bonae fidei“ behandelt gegenüber der Bedeutung, die ihnen in Deutschland und England beigelegt worden sei. Der Kanzler habe die Befürchtung ausgesprochen, daß England eine Friedenskoalition nur wieder allein auf englische Bedürfnisse ausrichten würde. Trotzdem sei das Prinzip als richtig anzuerkennen. Wichtig sei es, daß der Kanzler niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe. Es dürften also Belgien niemals unerbittliche Bedingungen auferlegt werden, die eine Verständigung hindern würden. Die Lebensinteressen verlangte nicht, daß wir Belgien militärisch und wirtschaftlich in der Hand behalten. Es sei ein gutes Programm, daß wir uns an die Spitze einer Koalition stellen wollten, die den Krieg verhindern sollte. Das Deutsche Reich führe einen Verteidigungskrieg. In den früheren Kriegen die Tapferkeit der Franzosen lobt habe, habe gut gewirkt; es sei zu hoffen, daß er auch über seine heutige Rede hinaus die Friedensbereitschaft Deutschlands erkläre, dann würden die feindlichen Regierungen die Schuld an der Weiterführung des Krieges geben.

Der größten Wohlfahrtsorganisation des Krieges

dem nämlich

Roten Kreuz

kommt der Ertrag der

Jubiläumsammlung des Vaterländ. Frauenvereins zu Gute!

Verstaatlichung der Hibernia.

Die Vorlage betreffend Verkauf von Aktien der Hibernia, die dem preussischen Landtage zugehen soll, ruit die Erinnerung an die früheren Bemühungen des Handelsministers Müller nach, die Mehrheit der Hibernia-Aktien in den Besitz des Staates zu bringen. Zwar war es ihm in den Jahren 1903 und 1904 gelungen, durch Vermittlung der Dresdner Bank und des Schaffhausenschen Bankvereins, von dem damals 53 1/2 Millionen betragenden Aktienkapital eine 11 Millionen dem Staate zur Verfügung zu stellen, aber seine Absicht, die Mehrheit der Hibernia-Aktien für den Staat zu erwerben, konnte er nicht verwirklichen. Die Generalversammlung der Gesellschaft durchkreuzte seinen Plan, indem sie nicht nur den Antrag auf Verkauf der Hibernia an den Staat ablehnte, sondern auch eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 60 Millionen mit der ausdrücklichen Bestimmung beschloß, daß die neuen Aktien nicht an Personen oder Institute abgegeben werden dürfen, von denen angenommen sei, daß sie den Fortbestand der Hibernia-Gesellschaft gefährden. Durch diesen Beschluß wurde es dem Staate unmöglich gemacht, sich die neuen Aktien zu erwerben und sich damit ein entsprechendes Stimmrecht zu sichern. Bei dieser Abwehr gegen die von der Regierung geplante Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaft Hibernia wurde auch von vornherein das rheinisch-westfälische Kohleninstitut mit, dessen Vorsitzender Emil Kirdorff die Erklärung abgab, daß der Aufsichtsrat und der Vorstand sich in ihrem Vorgehen in Gemäßheit des in der Verammlung der Besenbesitzer vom 15. August 1904 ausgesprochenen unanfechtlichen Standpunktes berechtigt und verpflichtet fühlen. Das Vorgehen der Regierung bedeute einen durch den berechtigten Einbruch in die Kohlenindustrie, der zur Verhinderung der Produktion der Hibernia-Kohle führe, eine noch weiter, sie beschloß am 4. Dezember 1906 eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark und ermächtigte den Vorstand und Aufsichtsrat, die Rechte solcher Personen und Institute abzulehnen, von welchen nach ihrem Ermessen anzunehmen ist, daß von ihnen der Besitz von neuen Aktien benutzt werde, um den Fortbestand der Gesellschaft zu gefährden.

Dieser Beschluß richtete sich, wie leicht ersichtlich aus dem Vorlage auf Verstaatlichung der Hibernia an den Landtag herantritt, so bedeutet das also, daß mit einer völligen Wankung in den grundsätzlichen Anschauungen der Regierung nicht zu rechnen ist. Ob die Vorlage ohne heftige Kämpfe durch den Landtag erlangt, bleibt abzuwarten. Abgesehen von dem Widerstand derjenigen Kreise, die aus prinzipiellen Erwägungen gegen eine Verstaatlichung sind, wird sich auch in gewisser Widerstand bei denen geltend machen, die den Kohlenpreis für zu hoch erachten. Wie die „Industrie“ mitteilt, beläuft sich der Gesamtvermögenspreis der Hibernia auf etwa 17 1/2 Millionen Mark. Die Hibernia-Gesellschaft verfügte über ein Aktienkapital von 70 Millionen, die Hibernia-Gesellschaft betrug 1913 etwa 20 000 Mann,

die Kohlenförderung 6 215 970 Tonnen, die Kohlenproduktion 718 806 Tonnen.

Stimmt der Landtag dem Verkauf der Hibernia zu, dann würde der gesamte Besitz des Staates an Bergwerken im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf 948 592 980 Quadratmeter ansehnlich sein.

Rundschau.

Prinz Karl von Ratibor und Corvey, Oberpräsident der Provinz Westfalen, der sich während seiner Amtszeit als Polizeipräsident in Wiesbaden die Sympathie aller Kreise erworben hatte, lag nach einer Zeitungsmeldung in Münster i. W. krank darnieder. Wie wir hören, ist die Nachricht richtig, indessen hat sich der Zustand des Prinzen um vieles gebessert, so daß die völlige Genesung in kurzer Zeit erwartet werden darf.

Die holländische Prinzessin erkrankt. Aus dem Haag wird gemeldet: Prinzessin Juliana ist seit vorgestern nachmittag unwohl. Sie hat Fiebererscheinungen und muß das Bett hüten.

Das Ministerium Körber.

Den Wiener Blättern zufolge hat die deutsche Arbeitsgemeinschaft in ihrer gestrigen Vollversammlung beschlossen, gegenüber dem Ministerium Körber eine freundlich zuwartende Haltung einzunehmen.

Die bulgarische Sobranjeungung verlag.

Die bulgarische Sobranje wurde am 7. November auf Antrag des Präsidenten bis zum 22. November verlag, um der Budgetkommission genügend Zeit zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes über das Budget von 1917 zu geben. Der Ministerpräsident befürwortete den Antrag mit dem Hinweis auf die Vergrößerung Bulgariens und die dadurch entstehenden neuen Aufgaben deren Vorbereitung so lange Zeit in Anspruch nähmen.

Aus China.

Agence Havas meldet aus China: Der frühere Gesandte Chinas in den Vereinigten Staaten und Spanien Sun-Ting-Feng ist zum Minister des Auswärtigen ernannt worden.

Letzte Drahtnachrichten.

Heftige Stürme in Frankreich.

Bern, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Seit drei Tagen wüten über Nordwest- und Südwest-Frankreich heftige Stürme mit starken Regengüssen. Vielfach werden Ueberschwemmungen an-

gemeldet, die teilweise die Herbstsaat vernichtet haben. Die Stürme haben bedeutenden Schaden angerichtet und den Telegraph unterbrochen. Aus Breft, Rennes, Bécamp und Sablé-Dolonne werden Unfälle von Schiffen gemeldet.

Romain Rolland erhält den Nobelpreis.

Stockholm, 10. Nov. (Wolff-Tele.)

Die Schwedische Akademie hat den Nobelpreis für Literatur für 1915 Romain Rolland verliehen. (Romain Rolland ist, wie bekannt, einer der wenigen französischen Schriftsteller, die nicht an den Wahlgängen gegen Deutschland teilnehmen.)

Hughes, der „Präsident für einen Staat“.

Kopenhagen, 10. Nov. (Eig. Tel. Benf. Bln.)

Ein Bericht in der „Politiken“ schildert die aus den neuesten Berichten ersichtliche Ungewissheit darüber, wer bei den amerikanischen Wahlen die Mehrheit erlangt habe. Das erste Resultat kam aus dem Staate New-York und galt nach früheren Erfahrungen als entscheidend. Es war ein Sieg für Hughes. Als auch aus Illinois ein gleiches Resultat kam, gaben die Demokraten selbst ihre Sache verloren und Roosevelt erklärte eine siegesfähige Proklamation: „Der Ausgang der Wahl ist ein Sieg für unsere nationale Ehre!“

Am folgenden Morgen aber trat eine unerwartete Wendung ein. Die richtige Stimmenanzahl hatte die Zählung in vielen Staaten, namentlich im Westen, erheblich verzögert, und gerade aus dem Westen wie auch aus einzelnen anderen Staaten, in denen man es nicht vermutet hatte, kamen Ergebnisse, die das Bild zu Wilsons Gunsten veränderten. Draußen schrieben sich beide Parteien den Sieg zu und die Demokraten nannten Hughes den „Präsidenten für einen Staat“.

Verantwortlich für Politik und Rezension: H. C. Eisenberger, für den übrigen redaktionellen Teil: Hans Glunke. Für den Internat und geschäftliche Mitteilungen: J. B. J. Wagner. Samstags in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlag-Anstalt G. m. b. H.

Voransichtliche Witterung für Samstag, 11. November.

Vorwiegend heiter und trocken; nachts Frost.

Wasserstände am 9. Nov.: Göttingen 1.84, Kehl 2.82, Strassburg 2.80, Mannheim 3.72, Mainz 1.23, Bingen 2.12, Rheingau 2.76, Koblenz 3.00, Köln 3.42, Konstantz 3.68 Met.

Ziehung 5. Kl. 8. Preuss.-Süddeutsche (Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 9. November 1916 nachmittags.

Jede gezogene Nummer wird zwei gleich hohe Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Losnummer in den beiden Abteilungen I und II

Die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

3. Ziehung 5. Kl. 8. Preuss.-Süddeutsche (234. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 9. November 1916 nachmittags.

Anf jede gezogene Nummer wird zwei gleich hohe Gewinne erhalten, und zwar je einer auf die Losnummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30000]

100000 204 74 88 442 903 97 [30000] 1215 [30

